

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Ernährung und
Landwirtschaft

Wortprotokoll der 10. Sitzung

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Berlin, den 16. Mai 2022, 10:00 Uhr
Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1, Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: 4 700

Vorsitz: Hermann Färber, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

zu:



Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen,
Nahrungsmittelversorgung in der Welt
sicherstellen sowie europäische und
deutsche Landwirtschaft krisenfest gestalten**

BT-Drucksache 20/1336

Federführend:

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Inneres und Heimat

Rechtsausschuss

Finanzausschuss

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verteidigungsausschuss

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz,

nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Digitales

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung,

Bauwesen und Kommunen

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Ausschuss für die Angelegenheiten

der Europäischen Union

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Franziska Kersten [SPD]

Abg. Albert Stegemann [CDU/CSU]

Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]

Abg. Stephan Protschka [AfD]

Abg. Ina Latendorf [DIE LINKE.]



Hinweise:

Pro Fraktion erhält bis zu ein/e namentlich gemeldete/r Referent/in Zutritt zum Sitzungssaal.

Da im Anhörungssaal nur eine beschränkte Anzahl von Besucherplätzen bereitsteht, werden interne und externe Besucher/innen gebeten, sich im Sekretariat des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft bis spätestens 13. Mai 2022, 12:00 Uhr, per E-Mail an el-ausschuss@bundestag.de anzumelden.

Externe Besucher/innen werden gebeten, ihr Geburtsdatum anzugeben. Die Geburtsdaten werden vom Polizeilichen Informationssystem (INPOL) überprüft und ausschließlich für die Einlasskontrolle verwendet. Nach Beendigung des Besuchs werden die Daten gelöscht.

Die Anhörung wird per Livestream auf Hauskanal 2 übertragen und ab 16. Mai 2022, ca. 15:00 Uhr, in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar sein.

Hermann Färber, MdB
Vorsitzender



Liste der Sachverständigen

Öffentliche Anhörung am Montag, dem 16. Mai 2022,
10:00 bis 12:00 Uhr

Stand: 11. Mai 2022

Einzelverständige:

Prof. Dr. Sebastian Lakner

Prof. Dr. Martin Qaim

Dr. Norbert Röder

Interessenvertretungen und Institutionen:

Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.

Deutscher Bauernverband e. V.

INKOTA-netzwerk e.V.

United Nations World Food Programme, Global Office Berlin

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Kersten, Dr. Franziska Lehmann, Sylvia	
CDU/CSU	Auernhammer, Artur Färber, Hermann Vogt, Dr. Oliver	Rief, Josef
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Bär, Karl Künast, Renate	
FDP	Bodtke, Ingo Harzer, Ulrike Hocker, Dr. Gero Clemens	
AfD	Rinck, Frank	Janich, Steffen
DIE LINKE.	Latendorf, Ina	



Der **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen, Nahrungsmittelversorgung in der Welt sicherstellen sowie europäische und deutsche Landwirtschaft krisenfest gestalten“

(BT-Drs. 20/1336) begrüße ich Sie recht herzlich. Laut dem am 4. Mai 2022 erschienenen „*Global Report on Food Crises 2022*“, der u. a. von den Vereinten Nationen (VN) herausgegeben wird, waren im Jahr 2021 allein 193 Millionen (Mio.) Menschen in 53 Ländern oder Gebieten von akutem Hunger auf Krisenniveau oder schlimmer betroffen. Die Hauptursachen für diesen Anstieg des akuten Hungers waren gemäß des *Reports* Konflikte, Wetterextreme und Wirtschaftskrisen. Hinzu kommt, dass auch die globalen Nahrungsmittelpreise seit geraumer Zeit deutlich ansteigen. Der *Food Price Index* (FFPI), der Nahrungsmittelpreisindex der Welternährungsorganisation (FAO), welcher die Weltmarktpreise für die wichtigsten Agrarerzeugnisse bzw. Nahrungsmittel abbildet, ist seit 2021 auf den höchsten Stand seit 2011 gestiegen. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verschlimmert die bereits angespannte Situation und hat weitreichende Auswirkungen auf die globale Ernährungssicherung. Die Preise für Weizen und andere Grundnahrungsmittel sind seit dem Ausbruch des Krieges weltweit weiter gestiegen. Das stellt gerade jene Länder, die einen beträchtlichen Teil ihrer Grundnahrungsmittel importieren müssen, aber gleichzeitig nur über begrenzte finanzielle Ressourcen verfügen, vor gewaltige Probleme. Angesichts dieser aktuellen Entwicklungen sind verstärkte Anstrengungen im Bereich Ernährungssicherung notwendig, bei der der Agrar- und Ernährungswirtschaft eine wichtige Rolle zukommt. In seiner Sitzung am 11. Mai 2022 hat der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft einstimmig entschieden, zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen, Nahrungsmittelversorgung in der Welt sicherstellen sowie europäische und deutsche Landwirtschaft krisenfest gestalten“ (BT-Drs. 20/1336) eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Wir möchten nun heute mit sieben von der Fraktionen benannten Sachverständigen über diesen Antrag der Fraktion der CDU/CSU sprechen. Ich darf zunächst die Sachverständigen begrüßen, die für die heutige öffentliche

Anhörung eingeladen worden sind. Als Einzelsachverständige begrüße ich Herrn Prof. Dr. Sebastian Lakner von der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock. Ebenso begrüße ich Herrn Prof. Dr. Matin Qaim, Direktor des Zentrums für Entwicklungsforschung, Universität Bonn, und Herrn Dr. Norbert Röder, Institut für Lebensverhältnisse im Ländlichen Raum des Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen-Institut), Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei. Von Interessenvertretungen und Institutionen begrüße ich für Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. (Brot für die Welt) Herrn Stig Tanzmann, Referent Landwirtschaft, für den Deutschen Bauernverband e. V. (DBV) Herrn Udo Hemmerling, Stellvertretender Generalsekretär, für INKOTA-netzwerk e. V. (INKOTA) Frau Lena Bassermann, Referentin Welternährung und globale Landwirtschaft und für das *United Nations World Food Programme, Global Office* Berlin (UNWFP) Herrn Dr. Martin Frick, Direktor. Seien Sie uns alle ganz, ganz herzlich willkommen. Vielen Dank, dass Sie sich heute die Zeit genommen haben und hier zu uns kommen, um mit uns zusammen die Themen zu erörtern. Den eingeladenen Sachverständigen wurde die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zu dem Antrag der Fraktion (der) CDU/CSU ermöglicht. Sechs Sachverständige haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und einer Veröffentlichung jeweils zugestimmt. Diese Stellungnahmen sind auf der Internetpräsenz des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft als Ausschussdrucksachen 20(10)20-A bis 20-F veröffentlicht worden. Weiterhin begrüße ich als Vertreter der Bundesregierung Frau Parlamentarische Staatssekretärin (PStn) Dr. Manuela Rottmann. Frau Rottmann herzlich willkommen. Zum Verfahren haben wir vereinbart, dass nach dieser Begrüßung direkt mit den Frage- und Antwortrunden der Abgeordneten begonnen werden soll. Die Befragung der Sachverständigen soll in zwei Runden zu jeweils 60 Minuten stattfinden. Dabei verteilen sich die Frage- und Antwortzeiten auf die Fraktionen wie folgt: SPD 17 Minuten, CDU/CSU 16 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zehn Minuten, FDP sieben Minuten, AfD sieben Minuten, DIE LINKE drei Minuten. Ich bitte die Fragesteller, die Namen der befragten Sachverständigen zu nennen, an die sie ihre Fragen richten. Bitte achten Sie darauf, dass die den Fraktionen zustehende Zeit für Frage



und Antwort eingehalten werden. Also nicht drei Minuten oder sieben Minuten Zeit für Fragen, sondern die Antwort ist in dieser Redezeit mit inbegriffen. Die öffentliche Anhörung wird im *Livestream* im Kanal 2 des Parlamentsfernsehens sowie auf den Internetseiten des Deutschen Bundestages übertragen. Anschließend wird sie ab ca. 15:00 Uhr in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar sein. Für die öffentliche Anhörung in eine physische Teilnahme externer Besucher und Pressevertreter wieder möglich. Da im Sitzungssaal jedoch nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen zur Verfügung steht, war eine vorherige schriftliche Anmeldung per E-Mail erforderlich. Wenn kein Widerspruch zu erkennen ist, starten wir jetzt mit den beiden Frage- und Antwortrunden der Abgeordneten. Ich sehe keinen Widerspruch und dann erteile ich das Wort der (Fraktion der) SPD. Bitteschön.

Abg. **Dr. Franziska Kersten** (SPD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, sehr geehrte Anwesenden. Vielen Dank für die Möglichkeit der öffentlichen Anhörung und ich würde gleich einsteigen. Die SPD-Fraktion nimmt die aktuelle Lage sehr ernst. (mit) Neben den direkten Hilfen für die im Krieg betroffenen Menschen müssen wir uns auch für eine globale Ernährungssicherheit einsetzen. Die Agrarpolitik muss in der jetzigen Situation mit Augenmaß reagieren. Nur widerstandsfähige agrarische Ökosysteme bieten auch die Gewähr, dass auch in zehn Jahren und später noch alle Menschen auf dieser Welt satt werden. Wir müssen die Resilienz schaffen, um praktisch - oder die GAP (Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union - EU) muss dazu dienen, dass die Resilienz der agrarischen Systeme gesichert wird. Für die Ernährungssicherung sind deshalb kurzfristige Maßnahmen notwendig und das ist sicherlich denkbar, dass da eine andere Debatte auch nochmal in unseren auswärtigen Bemühungen Einzug halten muss. Wir haben heute Sachverständige geladen, die uns dazu Auskunft geben sollen, welche Maßnahmen für die Ernährungssicherung globaler Weise hier in Deutschland getan werden können. Und ich würde die erste Frage an Herrn Dr. Röder stellen. Welche ökonomischen und ökologischen Konsequenzen hätte die komplette (der) Verschiebung der Reform der GAP um ein Jahr oder um einen längeren Zeitraum?

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Röder, bitteschön.

Dr. Norbert Röder: Sehr geehrte Frau Kersten, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, sehr geehrte Abgeordnete. In Hinblick auf die Frage muss man zwei Aspekte unterscheiden. Das eine, die unmittelbaren ökonomischen Folgen wären relativ überschaubar, weil wir keine direkten Produktionseffekte haben. Wir haben aber sehr starke administrative Effekte, die sowohl Landwirte als auch die Verwaltung betreffen werden. Weil wenn wir jetzt verzögert anfangen, insbesondere auch dann in Hinblick auf 2027 Jahre bekommen werden, und folgende, wo wir zwei Fördersysteme parallel fahren werden. Das macht einen sehr hohen Aufwand und auch jetzt bei der Einführung müsste (jetzt) nochmal komplett neu ausgehandelt werden, weil (die) vor dem Hintergrund der sehr stark gestiegen Preise die Prämien, die jetzt vorgesehen sind, nicht haltbar sind. Wenn man das ganze ökologisch betrachtet, muss man zwei Sachen unterscheiden. Eine Fortführung wäre garantiert weniger negativ zu beurteilen als die von der CDU/CSU angeregte vollkommene Streichung des GLÖZ 8, da ja die Bedingungen des *Greenings* weiter gelten würden und es weiterhin Flächen gebe ohne Nutzung, während wir jetzt sonst auf ein sehr niedriges Niveau zurückfallen würden. Vor dem Hintergrund überschaubar, aber sehr starke administrative Aufwendungen für alle Beteiligten, sehr starke Unsicherheit. Und was man natürlich auch anmerken muss, ist aus Sicht der Betriebe, wir haben jetzt eine Phase mit sehr hohen Marktpreisen. Der Großteil der Landwirte in Europa verdient dieses Jahr voraussichtlich sehr viel besser verdienen als in den letzten Jahren und es ist eigentlich, jetzt ist die Chance ein Signal zu geben, mit den Direktzahlungen runterzugehen, um die weitere Überwälzung auf die Bodenpreise zu verhindern. Weil Bodenpreise gehen immer eher hoch und runter schwierig.

Der **Vorsitzende**: Ja vielen Dank Herr Dr. Röder.

Abg. **Dr. Franziska Kersten** (SPD): Dann würde ich gleich nochmal mit der zweiten Frage anschließen. Wie viel Brotgetreide könnte für die Welternährung erzeugt werden, wenn die Pflicht zur Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen ab 2023 aufgehoben werden würde? Nicht auf die Tonne (t) ge-



nau, sondern eine Schätzung würde mir schon ausreichen.

Dr. Norbert Röder: Also nach unseren Schätzungen gehen wir von ungefähr 0,6 bis eine Mio. t aus, die erreichbar wären, wenn auf den Flächen zu 100 Prozent Getreide angebaut werden. Muss man berücksichtigen, diese Fläche ist deutlich geringer, als das was wir an Brachen haben oder an Brachen erwarten werden. Aber wir haben eigentlich in allen Hochpreisphasen, auch 2011, einen Sockel von ungefähr 200 000 Hektar (ha) Brachen gesehen, auf den sich einfach eine landwirtschaftliche Produktion nicht rechnet. Wir haben dann weitere Flächen, wie z. B. Gewässerschutzstreifen, wo eigentlich keine Düngung möglich ist und keine Pflanzenschutzmitteleinsatz, oder wir haben Flächen von Landschaftselementen, deswegen ist diese Fläche, die dann wirklich frei gesetzt werden würde, deutlich geringer, als die vier Prozent der Ackerflächen und so ergibt sich dieser Wert und das Produktionspotential auf diesen Flächen ist deutlich geringer als auf den normalen Flächen.

Abg. Dr. Franziska Kersten (SPD): Vielen Dank. Dann hätte ich nochmal einfach die dritte Frage. Wird auf diesen Flächen der Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln für eine Erzeugung von Brotgetreide notwendig sein? Und wie bewerten Sie diesen Einsatz aus ökonomischer und aus ökologischer Sicht?

Dr. Norbert Röder: Der ökologische Landbau zeigt, dass ohne Mineraldünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz Brotgetreide erzeugt werden kann. Aber das erfordert in der Umsetzung eine gewisse Technik und eine gewisse Erfahrung. Deswegen ist es meines Erachtens mehr als zweifelhaft, dass im nennenswerten Umfang Betriebe eine solche Option nutzen würden, da insbesondere (bei) spezialisierte Marktfruchtbaubetriebe (es sich) maximal fünf bis sechs Prozent ihrer Getreidefläche handelt. Das gilt insoweit, vor allem wenn diese Option nur ein Jahr besteht, da ist dann der Managementaufwand, das umzusetzen, sehr hoch. Die Ackernutzung von mehrjährigen Brachen ohne Pflanzenschutzmitteleinsatz ist de facto keine Option, das funktioniert einfach nicht. Wenn man das ökonomisch was produzieren will, ist ein Mineraldünger-einsatz eigentlich unvermeidlich. Dem gegenüber

bestehen auf den einjährigen Flächen, gewisse Option, gewisse Freiheitsgrade. Wenn man das Ganze ökologisch betrachtet, muss man unterscheiden, wenn man alte Brachen haben (hat), schon ungefähr zwei Drittel der Brachen sind alt, d. h. die sind jetzt vier, fünf Jahre aus der Produktion genommen, wenn die umgebrochen werden, haben wir einen massiven Rückgang bei der Biodiversität, einen massiven Rückgang bei Bodenkohlenstoff und zwar schlagartig und der Aufbau, sowohl bei der Biodiversität als auch beim Bodenkohlenstoff wird ungefähr wieder fünf, sechs Jahre dauern, d. h. wir haben ein *slow in - fast out*-Problem und wir würden damit die ganzen Erfolge, die wir im Hinblick auf CO₂-Speicherung im Boden oder auch im Hinblick auf die Biodiversität in den letzten fünf, sechs Jahren mit dem *Greening* erreicht haben, eigentlich schlagartig zunichtemachen.

Abg. Dr. Franziska Kersten (SPD): Vielen Dank. Ich mache weiter.

Der Vorsitzende: Herr Dr. Röder, wenn Sie vielleicht das Mikro(fon) jeweils ausschalten würden, dass wir eine gute Übertragung haben. Dankeschön.

Abg. Dr. Franziska Kersten (SPD): Also vielen Dank Herr Dr. Röder. Jetzt Herr Professor Lakner. Welche Auswirkungen hätte die Nutzung von Stilllegungsflächen auf die Biodiversität? Und bitte bewerten Sie neben den ökologischen auch die ökonomischen Folgekosten.

Prof. Dr. Sebastian Lakner: Ja, liebe Frau Kersten, lieber Vorsitzender, liebe Frau Staatssekretärin, sehr geehrte Damen und Herren. Aus meiner Sicht wäre eine Nutzung von Brachen aus ökologischer Perspektive höchst fragwürdig, kritisch zu bewerten. Es gibt (wirklich) eine sehr breite Literatur, die die Bedeutung der Brachen für die Biodiversität hervorhebt. Ich kann das an Feldvögeln, an Insekten zeigen, wie Brachland insgesamt im Agrarökosystem auch wichtige Funktionen, sprich, es (das) kann auch eine Pufferfunktion für überschüssige Nährstoffe sein, regulierende Funktionen, Anreicherung von Bodenfruchtbarkeit (so also). Wenn wir das vorurteilsfrei bewerten möchten, dann wäre es ganz wichtig, diese ökologischen Leistungen der Brachen zur Kenntnis zu nehmen. Und die sind wissenschaftlich wirklich sehr breit belegt. Das (Es) wurde auch gezeigt, 2007/2008, dass (als)



man die Brachen, damaligen Stilllegungen umgebrochen hat, dass ein sehr enger Zusammenhang mit dem Rückgang von Feldvögeln und diesem Umbruch 2007/2008 bestehen(t), d. h. (also) wir würden heute, wenn wir das machen würden, synchron (quasi) einen weiteren Rückgang der Biodiversität provozieren. Und es ist auch die Frage, inwieweit das überhaupt reversibel wäre. (Also) insofern halte ich das für kritisch. Ökonomisch, Kollege Röder hat das eigentlich schon sehr gut ausgeführt, (also) mein Gedanke wäre an der Stelle auch einfach, wo wollen wir knappen Stickstoff einsetzen. Wollen wir den auf guten Standorten einsetzen oder wollen wir ihn auf den schlechtesten Standorten einsetzen? Ich würde für die guten plädieren. Ich glaube, das ergibt betriebswirtschaftlich ein bisschen mehr Sinn. Und wir haben einfach auch eine ganze Menge anderer Optionen, das ist auch hier der Punkt. Danke.

Abg. Dr. Franziska Kersten (SPD): Vielen Dank. Sehen Sie angesichts des voranschreitenden Klimawandels Konsequenzen für die Resilienz unserer Agrarsysteme?

Prof. Dr. Sebastian Lakner: Ja, insgesamt. Ich meine die Frage ist, wie können wir unsere Agrarökosysteme nachhaltiger gestalten? Und da gehören die Brachen aus meiner Sicht rein. Da gehört aber auch ein vielfältiger Anbau rein, d. h. wir müssen eigentlich mehr testen und zwar auch in dem Sinne testen, dass wir möglichst hohe Erträge bei gleichzeitig hoher Biodiversität erreichen, also eine Effizienzsteigerung haben. Und aus meiner Sicht zeigt natürlich (jetzt) die verschiedenen Flächenansprüche, die es ja gibt aus der Gesellschaft – Transport, Infrastruktur, Wohnungsbau nimmt Flächen, dann haben wir die Solarparke – das ist natürlich etwas, wo wir (auch einfach, wir) müssen mit den knappen Flächen effizient umgehen. Und wir müssen gucken, dass wir auch in unserer Umweltpolitik sehr viel gezielter vorgehen, d. h., wenn wir Brachen haben, wäre es ganz wichtig, dass wir sie koordiniert haben und dass wir sie wirklich auf das Ziel Biodiversität, Pufferflächen usw., dass wir die Brachen dann auch optimieren (, d. h., ich wäre jetzt hier auch,) ich würde mich stark machen für einen kooperativen Ansatz, d. h., dass wir das richtig auf Gemarkungsebene planen. Das denke ich, wäre hier angesagt.

Abg. Dr. Franziska Kersten (SPD): Ja vielleicht direkt nochmal zu diesem Thema „kooperativen Ansatz“. Das wird ja in Sachsen-Anhalt schon gemacht. Und wo sehen Sie da das Potential oder warum meinen Sie wäre so ein kooperativer Ansatz zielführend?

Prof. Dr. Sebastian Lakner: Naja, weil wir es räumlich gut planen können. Ich meine, in Holland gibt es diese Ansätze, wir werden selber in Süd-Niedersachsen demnächst ein größeres Forschungsprojekt dazu machen. Und wir kriegen dadurch natürlich auch die Landwirtinnen und Landwirte ins Boot, wenn die wissen, wir können das gemeinsam planen. Wir kriegen durch eine Beteiligung von Bürgern, von Umweltverbänden auch eine gewisse Fachlichkeit rein. Und wenn man das (sozusagen) versucht, konsensual zu machen, dann würde ich mir da auch eine bessere Wirksamkeit von Brachflächen oder anderen Umweltmaßnahmen erwarten. D. h. also, eigentlich müssen wir sehr viel stärker auch in diese Richtung überlegen.

Abg. Dr. Franziska Kersten (SPD): Gut, dann würde ich noch einmal fragen. *(In Richtung des Vorsitzenden)* Wir haben noch ein paar Minuten? Welche Alternativen zur Nutzung der Brachflächen könnten kurzfristig einen Beitrag zur Sicherung der Welternährung leisten? Und wie sind die Rolle der Nutztierhaltung und die persönlichen Konsumpräferenzen zu bewerten?

Prof. Dr. Sebastian Lakner: Genau, das ist jetzt sozusagen zu Recht ein bisschen breiter gefragt. (Und das ist etwas) beim Lesen des CDU/CSU-Antrages ist mir natürlich aufgefallen: Wir gucken eigentlich recht einseitig auf ein sehr enges Maßnahmenpektrum. Und ich würde (wirklich) dafür plädieren, einfach das Feld breiter zu machen. Wir werden diese Krise nicht lösen können, indem wir nur allein auf die Produktionsseite gucken. Sicher kann man da immer Dinge verbessern, aber wenn wir uns eigentlich unsere Nutzungsstruktur der Rohstoffe angucken, dann nutzen wir einen sehr, sehr großen Teil der Getreide europaweit als Futtermittel. Wir nutzen weitere Getreidemengen über die Biokraftstoffe. D. h. also, ich könnte mir eine temporäre Aussetzung der Biokraftstoffe auf Getreide, Mais (, oder) Zuckerrübenbasis vorstellen oder Raps. D. h. nicht, dass man das nicht noch vielleicht nochmal wieder aufnehmen kann, aber



der Punkt ist, kurzfristig brauchen wir Mengen. Und das wäre eine der Optionen. Eine zweite Option wäre die Frage Futtermittel. Das ist gesetzgeberisch gar nicht so trivial. (Weil) wir haben da nicht die einfache Option, aber eine Menge wird durch Markteffekte sein (passieren). D. h. wenn Futtermittel teurer werden, wenn Fleisch teurer wird, ist vielleicht zu erwarten, dass der Konsum zumindest etwas zurückgeht. Da könnte man jetzt auch einfach mal appellieren und einfach sagen, wer etwas zur Welternährungslage beitragen möchte, kann ja vielleicht einfach sozusagen im kleinen Umfang reduzieren. Also, das würde ich für sinnvoll halten, ohne das jemandem vorschreiben zu wollen. Insgesamt passt das auch an sich mit dem Ziel des Umbaus der Tierhaltung, Konsumenten, Bürger/innen erwarten, dass wir (sozusagen) Tierwohl verbessern, dass wir nachhaltige Tierhaltung machen. Vielleicht muss man das jetzt hier als Anstoß und als Chance nutzen, wohl wissend, dass das eigentlich etwas länger dauert. D. h., hier reden wir wahrscheinlich schon wieder ein bisschen mehr über mittelfristig, wäre trotzdem sinnvoll. Futter, also Änderung der Rationen in der Milchviehhaltung, wären denkbar aus meiner Sicht, bisschen weniger Kraftfutter, mehr Grundfutterleistung. Ist aber auch nicht ganz einfach. Weniger *food waste*. (Das) kann man auch nicht verordnen, wäre auch eine Option. Die vorgeschlagene Lockerung von GLÖZ 7 - das kam ja, glaube ich, vom DBV, ist auch meiner Sicht ökologisch sehr viel weniger schädlich als eine Diskussion um Brachen. Und auch darüber könnte man zumindest kurzfristig was gewinnen, ich meine mittelfristig, weiß ich nicht, will das jetzt nicht final bewerten, aber auch das hat meines Erachtens sehr viel mehr Potential, als ständig über die Brachen zu diskutieren.

Abg. **Dr. Franziska Kersten** (SPD): Ja, vielen Dank. Dann würde ich jetzt noch einmal die Fragerunde an meine Kollegin Frau Lehmann weitergeben.

Der **Vorsitzende**: Frau Lehmann, bitteschön.

Abg. **Sylvia Lehmann** (SPD): Danke Herr Vorsitzender, vielen Dank. Ich würde gleich bei Herrn Prof. Dr. Lakner bleiben. Sie haben das nicht so expliziert in Ihrer Stellungnahme ausgeführt.

Der **Vorsitzende**: Frau Lehmann, Entschuldigung. Würden Sie bitte ...

Abg. **Sylvia Lehmann** (SPD): Ja (*schmunzelt*), ach ja. Ich würde von Ihnen gern wissen wollen, welchen Einfluss hat denn überhaupt der Markt? Sie haben vom Markteffekt schon gesprochen auf diese Ernährungssituation, auf die Ernährungskrise, die wir haben. In allen Stellungnahmen rankt sich dieses Thema - und ein sehr schwieriges Thema. In vielen Dingen hat die Politik Einfluss, nimmt sie auch Einfluss. Ich meine, gerade in der Frage zu wenig. Welche Möglichkeiten sehen Sie da, dass wir da noch, ja der Markt soll offen bleiben, er soll transparent bleiben, schreiben viele. Wie können wir da noch zielgerichteter tätig werden als Politik?

Prof. Dr. Sebastian Lakner: Das ist in der Tat aus meiner Sicht nicht ganz trivial. Wir reden da ja immer gerne von den Elastizitäten, also (sozusagen) Preise steigen und wie geht entsprechend die Nachfrage zurück? Das Problem ist nur, die Preissteigerungen, über die wir im Moment reden, die sind eigentlich außerhalb der typischen Schwankungsbreiten, wo wir modellieren. Also, das ist so ein bisschen die Schwierigkeit. Marktkräfte wirken natürlich, wenn (teure) Futtermittel (teuer) sind, dann gibt es mit Sicherheit einige Veredler, die überlegen müssen, lasse ich mal eine Mastperiode aus. Teilweise höre ich das ein bisschen, aber müssen wir mal abwarten, wie das passiert. Das wäre jetzt sozusagen ein Markteffekt. Andererseits wissen wir auch (, das ich hab jetzt letzte Woche gelesen), dass Abnahmepreise für Schweinefleisch sehr stark gesenkt wurden. Das erhöht natürlich von der anderen Seite den Druck. Jetzt ist ein bisschen die Frage, wieviel wird aufgestellt. Je weniger aufgestellt wird, desto weniger wird an Futtermitteln nachgefragt. Ganz genau werden Sie das von mir nicht kriegen, das ist so ein bisschen das Problem. Was man zusätzlich mittelfristig überlegen kann, ist halt eben Betrieben ein Investitionsangebot zu machen, Ställe umzurüsten. Man kann mit Sicherheit über das Thema Umsatzsteuer auf Fleisch diskutieren, das ist aber hoch kontrovers und in der aktuellen Inflationssituation aus makroökonomischer Sicht problematisch. Also insofern, wie soll ich sagen, Sie merken, ich eiere rum, weil die ganz einfache Lösung gibt es hier an der Stelle leider nicht.

Der **Vorsitzende**: Ja, vielen Dank. Das war fast eine Punktlandung. Wir machen weiter mit der CDU/CSU-Fraktion. Bitteschön, Herr Kollege Auernhammer.



Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. Frau Staatssekretärin, wertvolle Kolleginnen und Kollegen, aber vor allem meine Damen und Herren Sachverständige. Ich bin dankbar, dass wir diese öffentliche Anhörung heute machen können, weil dieser Ukraine-Krieg hatte in den ersten Wochen immer die Diskussion auf die Energieversorgung gelegt, aber viel zu wenig auf die Nahrungsmittelversorgung. Und gerade der stattgefundenen G7-Außenministertagung, ich sage bewusst Außenminister- und nicht der Landwirtschaftsministertagung, war auch das Thema „Lebensmittelversorgung, Weizenlieferung“ auf der Tagesordnung und wurde darüber gesprochen, wie wir die Nahrungsmittel auch verteilen können. Aber ich möchte mit dem Dr. Frick beginnen, Direktor von *World Food Programme* hier in Berlin, weil es geht in erster Linie auch nicht nur um die Menschen in der Ukraine oder in Europa, sondern auch in Nordafrika, wie denn die Versorgungslage ist. Und wir hatten ja bereits vor der Ukraine-Krise festgestellt, dass sich die Nahrungsmittelpreise nach oben bewegt haben. War das Corona bedingt? Hat es hier bereits Auswirkungen gegeben? Und wie sehen Sie jetzt, nachdem der Krieg hier leider Gottes schon fast drei Monate läuft, wie sich hier die Preise auswirken, wie hier die weitere Entwicklung ist, und wie die Versorgungslage, gerade einmal in der Ukraine, aber gerade in den Ländern, die auf diese Nahrungsmittellieferung angewiesen ist, wie ist dort die Versorgungslage?

Der Vorsitzende: Bitteschön, Herr Dr. Frick.

Dr. Martin Frick (UNWFP): Herr Vorsitzender, Frau Staatssekretärin, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete. Zu dieser Frage, wir haben beim Welthunger verschiedene Größen und die sind manchmal etwas verwirrend. Also wenn wir die Menschen anschauen, die nicht genug qualitativ hochwertiges Essen bekommen, marschieren wir Richtung eine Milliarde (Mrd.) Menschen. Wenn wir uns die anschauen, um die wir uns akut kümmern müssen, also IPC drei, vier, fünf, IPC steht für *Integrated Food Security Phase Classification*, das ist ein internationales Expertengremium, das sich immer anschaut, wo die Menschen am meisten ernährungsunsicher sind. Ich muss das dazu sagen, weil es oft Verwirrung gibt mit diesen verschiedenen Zahlen. Also wenn wir

uns die akut Unterernährten anschauen, dann hatten wir vor etwas mehr als zwei Jahren, 2019, ungefähr 150 Mio. Menschen, Ende letzten Jahres waren das bereits 276 Mio. Menschen. Wir erklären diesen Anstieg im Wesentlichen durch stark steigende Lebensmittelpreise als Folge auf der einen Seite von Energiepreisen, aber auch, und das hat gerade am 28. Februar (2022) der neueste Fortschrittsbericht der Arbeitsgruppe II des Weltklimarates gezeigt, sehen wir immer stärker die Auswirkungen des Klimawandels in den Ernährungspreisen weltweit, dazu haben zwei Jahre Pandemie nicht nur über sechs Mio. Menschen das Leben gekostet, sondern auch Lieferketten zum Abreißen gebracht und auch die Preise weiter angetrieben. Wir hatten also bereits im Januar dieses Jahres tatsächlich von der schlimmsten humanitären Situation seit Ende des 2. Weltkrieges gesprochen und das war bevor die Ukraine überfallen worden ist. Wir müssen jetzt damit rechnen, dass der Überfall auf die Ukraine die Zahl der akut Hungernden 12 bis 17 Prozent nach oben schiebt. Das ist natürlich alles noch sehr vage, das ist klar. Wir sind zeitlich sehr, sehr nahe daran. Aber das würde bedeuten, dass die Zahl der akut Hungernden, also IPC drei, vier, fünf, irgendwo bei 323 Mio. Menschen momentan liegt. Nun haben wir ein weiteres Problem. Das ist, dass erstens Nahrungsmittel blockiert sind in der Ukraine, das sind allein in den Hafenstädten 6,5 Mio. t und das ist ein doppeltes Problem, denn das Getreide, übrigens auch das Öl, das Sonnenblumenöl, ist auch ein großes Exportgut der Ukraine, wird dringend benötigt. Das ist aber auch so, dass trotz des Krieges die Landwirtschaft in der Ukraine weiter stattfindet. Wir schätzen, dass ungefähr 80 Prozent der Kapazität immer noch produziert wird. Und das bedeutet, dass im Juli (2022) Weizen geerntet wird und dafür benötigt man auch dringend den Lagerplatz, wenn man vermeiden will, dass dieser Weizen verrottet. Insofern ist eine Fortführung dieses Krieges mittel- und langfristig ein enormes Problem für die globale Lebensmittelversorgung. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Kollege Auernhammer.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Wenn Sie sagen, man braucht den Lagerplatz für die neue Ernte. Wir wissen noch nicht, wie groß die neue Ernte ist, wie auch der Vegetationsverlauf ist. Aber wie können wir die alte Ernte, also die von voriges Jahr, auch



verteilen? Ist es möglich, sie in die Länder, die den Bedarf haben, auch zu bringen, wenn wir keine Schiffsmöglichkeiten haben? Gibt es genügend Transportkapazitäten? Jetzt wurde diskutiert, über Straße-Schiene das zu machen. Sehen Sie Möglichkeiten, dass man die Produkte dann auch dorthin bringen kann, wo sie benötigt werden? Ich denke, jetzt wieder gerade an Nordafrika.

Der Vorsitzende: Herr Dr. Frick, bitteschön.

Dr. Martin Frick (UNWFP): Also der Flaschenhals ist tatsächlich der Transport. Und ich weiß, dass z. B. die österreichische Bundesbahn praktisch seit Beginn des Krieges mit Zügen fährt. Meine Zahlen sagen 60 000 t bis dahin. Wenn man das jetzt vergleicht, das waren 30 Züge, 60 000 t verglichen mit 6,5 Mio. t, dann sieht man, dass die Schiene große Begrenzungen hat. Das insbesondere, weil die Ukraine immer noch ein Breitspursystem hat, d. h. Züge nach Westeuropa müssen umgeladen werden. Wir brauchen dringend offene Häfen. Ein Beispiel Odessa, was ja nun am weitesten im Südwesten des Landes liegt, hat vor dem Krieg pro Tag vier Frachtschiffe abgefertigt, das sind 200 000 t. Also da sieht man die Größenverhältnisse. Ich bin da ehrlich gesagt sehr skeptisch, was Alternative über Straße oder Schiene angeht. Wir brauchen Seekapazitäten und ich denke, dass auch die G7 sich dafür ausgesprochen haben.

Der Vorsitzende: Kollege Auernhammer.

Abg. Artur Auernhammer (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich möchte, weil es jetzt so schön passt, nachfragen beim DBV. Wir haben jetzt gerade schon darüber diskutiert über die sog. ökologischen Vorrangflächen, die ja für dieses Jahr jetzt aus der Produktion sind. Will aber auch deutlich dazu sagen, dass wir in einzelnen Bundesländern sehr, sehr viele freiwillige Maßnahmen haben, was Brachen, was Stilllegungen anbelangt, was Gewässerstrandstreifen anbelangt. Hier wird sehr viel über die zweite Säule finanziert. Wäre dankbar, wenn das in allen Bundesländern so aktiv gemacht würde wie in Bayern. Jetzt ist ja für die neue Förderperiode der GAP ab 2023 die vierprozentige Stilllegung geplant, d. h. vier Prozent von der Ackerfläche soll quasi *on top* zu diesen freiwilligen Maßnahmen noch aus der Produktion genommen werden. Jetzt haben wir gerade gehört, wir bringen das Getreide,

falls das geändert werden kann, aus der Ukraine nicht weg. Macht es dann Sinn, in Europa vier Prozent Ackerflächen noch stillzulegen?

Der Vorsitzende: Herr Hemmerling, Sie sind angesprochen.

Udo Hemmerling (DBV): Vielen Dank Herr Vorsitzender, Herr Auernhammer. Danke für die Frage. Ja, macht das Sinn? In Krisensituationen ist es, glaube ich, immer wichtig zu schauen, sozusagen welche Maßnahme bringt was. Und da ist natürlich der Punkt, den Herr Frick genannt hat, Öffnung der Häfen am Schwarzen Meer einfach vorrangig und das wird sicherlich auch, ich sag mal, über diesen Kreis hier, über den reinen agrarpolitischen Kreis hinausgehen, falls wir in Situationen kommen, wo ernsthafter über das Ende des Krieges verhandelt wird, dass das auch einen gewissen Vorrang hat, die Öffnung der Häfen. Zur EU selber und zu der Debatte, was können wir hier tun? Vielleicht die nächste Zahl; Deutschland hat in den letzten Jahren relativ stabil acht Mio. t Weizen jedes Jahr exportiert. Das ist eines unserer wenigen größeren Exportgüter im Agrarbereich, wir sind ja struktureller Nettoimporteur bei sehr vielen Produkten. Und die Frage ist natürlich, was kann man tun, was muss man vielleicht tun, damit diese Bilanz jetzt nicht verlorengelht, wenn man erstmal davon ausgeht, Getreide ist vorrangig. Da fällt uns erstmal das Thema Düngung sehr stark ein. Wir reden ja hier über Ernte 2023 und fortfolgende, also Verfügbarkeit von Düngemitteln, Stichwort Gasverfügbarkeit, das ist erstmal der erste knappe Faktor. Von daher sind wir auch sehr dafür jetzt, das reicht noch über das Thema Düngung hinaus, Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft beim Gasnotfallplan auch dann vorrangig zu berücksichtigen, im kommenden Winter. Was die GAP angeht, ja, wir haben da ganz klar gesagt, man muss sich dann einige Dinge nochmal anschauen und dann fange ich vielleicht auch mal mit der Maßnahme an, die wahrscheinlich die größere Wirkung hat. Das ist der sog. GLÖZ 7, also das Fruchtwechselgebot, wo es hier ja jetzt technisch um die Frage geht, wann wird das sozusagen eingeführt im Vergleich. Und die Initiative jetzt des BMEL, gegenüber der EU-Kommission hier zu einer anderen, flexibleren Interpretation zu kommen, die unterstützen wir. Unsere Schätzung, es gibt keine Statistiken, wie viel Stoppelweizen wir in Deutschland sozusagen haben, also Weizen nach Weizen.



Wenn man mal 500 000 ha annimmt, mit einem (höheren Hektarertrag), das sind ja dann auch etwas die besseren Standorte, wäre man etwas bei vier Mio. t, die wir hier stabilisieren können. Es geht um Stabilisierung, es geht überhaupt erstmal die Produktion, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass wir die Produktion halten können. Der nächste Punkt ist dann die Brache. Und da muss ich auch sagen, Herr Dr. Röder, Herr Lakner, Ihr Vergleichsbezug, also noch haben wir diese vier Prozent Brache ja nicht, sondern noch haben wir im *Greening* die Möglichkeit, das über Zwischenfrüchte zu erfüllen oder eben über Brache, die Oder-Regelung sozusagen, die wir heute haben, die bisher dazu geführt hat, in den Vorjahren, dass wir etwa 150 000 ha auf Ackern Brache hatten und eben nicht 400 000 oder 500 000 ha. Und die Frage ist jetzt, wollen wir diese Flächen jetzt nächstes Jahr zukünftig rausnehmen aus der Produktion per Förderaufgabe, ja oder nein? Da sagen wir natürlich nein. Gerade in dieser Situation sollte man das nochmal überdenken und auf spätere Jahre schieben und gleichzeitig bei den Agrarumweltmaßnahmen, bei den *Eco Schemes* nochmal nachsteuern. Die Fördersätze stimmten von Anfang an nicht, die hat das Thünen-Institut gut kalkuliert, aber das BMEL hatte damals die niedrigste Variante genommen. Wir befürchten, dass die von vielen Landwirten nicht angenommen werden und das wäre natürlich auch problematisch. Also wir wollen natürlich eine Verbindung von Agrarumweltleistungen, deswegen muss bei den *Eco Schemes* nochmal nachgesteuert werden. Also eine zusätzliche Brache von vier Prozent ab nächstem Jahr halten wir für nicht verantwortbar.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Hemmerling, Kollege (Dr.) Vogt, bitteschön.

Abg. Dr. Oliver Vogt (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich hätte da unmittelbar im Anschluss noch eine Frage an Herrn Hemmerling. Und zwar aufbauend auf Ihre Ausführungen würde mich im Rahmen der Debatte zur Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion in Deutschland und Europa interessieren, wie Sie dazu stehen - der Großteil unserer europäischen Partner haben ja Nahrungsmittelproduktion eben auf den Brachflächen zugelassen - und wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass das BMEL, und

auch der Minister selbst, nicht dem Vorbild beispielsweise unseres Nachbarlandes Österreichs gefolgt sind und auf den Vorrangflächen den Anbau aller Sorten von Feldfrüchten freigegeben haben?

Der Vorsitzende: Herr Hemmerling, Sie haben das Wort.

Udo Hemmerling (DBV): Vielen Dank Herr Dr. Vogt, da ging es ja um die Ernte 2022, um die diesjährige Ernte. Die Diskussion hat sich dann auch solange hingezogen, dass es sich sozusagen durch die Faktik dann auch erledigt hat, also man konnte gewisse Sommergetreide dann gar nicht mehr einsäen, dann war es auch ein Stückweit schon zu spät. Von daher war es eher dann die Frage, warum nicht schnell genug entschieden wurde? Aber am Ende muss man natürlich sagen, im Vergleich zu der Diskussion für das nächste Jahr war in diesem Jahr ohnehin nicht mehr viel sozusagen zu bewegen. Und wie gesagt, in der bisherigen Regelung besteht ja weiterhin die Möglichkeit, dass die Landwirte das über Zwischenfrüchte bringen, also die vier Prozent Bracheflächen ist ja wirklich erst ab nächstem Jahr. Von daher würde ich es im Nachhinein, sage ich mal, war die Debatte wichtig, um klarzumachen, worum es geht, ob es wirklich verantwortbar ist, mit einer Förderpolitik, in so einer Situation Flächen stillzulegen und wir müssen jetzt über das nächste Jahr diskutieren.

Der Vorsitzende: Ja, die „Union“ hat noch eine Minute.

Abg. Artur Auernhammer (CDU/CSU): Dann eine kurze Nachfrage an den DBV. Wenn jetzt diese ökologischen Vorrangflächen zu Futterzwecken freigegeben werden, wird dann mehr tierische Veredelung stattfinden aufgrund der Freigabe? Weil direkte Nahrungsmittel, Pflanzenpakete, Ursprünge haben wir dadurch nicht.

Udo Hemmerling (DBV): Also bei den Futterpflanzen ist es so, dass aus dem vergangenen Jahr die Silageernte usw., auch Grassilage, Maissilage, war eigentlich deutschlandweit sehr gut, das sind noch gut Vorräte auch da. Auf der anderen Seite kann man natürlich auch jetzt die Futternutzung auch etwas gezielter planen, weil die Entscheidung sehr frühzeitig war und nicht erst im späten Sommer



wie sonst in den Dürrejahren. Also ich würde sagen, es würde (wird) eine begrenzte Wirkung haben. Aber in der Tierhaltung insgesamt, natürlich die Tierhalter schauen mehr auf das Eiweißfuttermittel im Moment, das ist der teure und knappe Faktor, von daher ist es auch eine begrenzte Maßnahme.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Hemmerling. Wir fahren fort in der Fragerunde und als nächstes hat das Wort (die Fraktion) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin Künast, bitteschön.

Abg. Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt, mit Mikro(fon) geht es auch besser, danke. Ich habe erstmal Fragen an Herrn Tanzmann und zwar grundsätzlicher Art. Wir sind ja jetzt so ein bisschen am Ende in der Situation gelandet, ob das eine oder andere Prozent einer ökologischen Vorrangfläche oder Brache den Welthunger bekämpfen kann. Ich möchte aber grundsätzlich wissen, was Sie sagen zu der Debatte, die es ja gibt über das Aussetzen des *Green Deals* in all seinen Facetten und dann innerhalb dessen diese ökologischen Vorrangflächen. Ob und wie das Ihrer Meinung nach denn helfen könnte, entwicklungspolitisch bei der Hungerbekämpfung, quasi aus menschenrechtlicher Perspektive? Das ist ein bisschen die Geschichte *Rollback* in der Agrarpolitik, um Welternährung herstellen zu können - oder vielleicht geht es auch genau andersrum, dass eigentlich die bisherige GAP viel zu zaghaft ist.

Der Vorsitzende: Herr Tanzmann, Sie haben das Wort.

Stig Tanzmann (Brot für die Welt): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ja, wir verfolgen die Debatte mit Überraschung und Verwunderung. Angesichts der ja auch von Herrn Frick sehr eindrücklich beschriebenen, wirklich sich stark verschärfenden, chronischen Ernährungskrisen hätten wir aus entwicklungspolitischer und menschenrechtlicher Perspektive und auch insbesondere angesichts der großen Sorgen, die schon gleich zu Beginn des Angriffskrieges geäußert wurden, ganz andere Debatten und Aktionen erwartet. Als erstes hätten wir schon im März (2022) ein Aussetzen der Beimischungsquote erwartet und eine Reduktion der Biogasproduktion, weil dann hätte man noch reagieren können. Das sind (die) Punkte, da hätte man anders aussehen

können. Hätte man wirklich einen Beitrag liefern wollen, dann hätte man das getan. Da wären Flächen frei geworden für das Welternährungsprogramm (WFP), wo man Nahrungsmittel hätte anbauen können, die jetzt gebraucht werden. Alleine in Deutschland gehen ja 3,8 Mio. t Getreide in den Tank. Das ist aus Perspektive des Rechts auf Nahrung angesichts von 800 Mio. Hungernden nicht mehr zu rechtfertigen. *Food First* und das Recht auf Nahrung müssen endlich umgesetzt werden und das muss auch in den G7-Staaten besprochen werden. Die USA haben ja (sozusagen) die Produktion von Bioethanol ausgeweitet anstatt zurückzufahren. Das sind ganz andere Flächen, die dort frei werden würden für die Welternährung (würde weniger Bioethanol produziert). Gleichzeitig sind das natürlich auch Dinge, die man international besprechen muss, wenn so viel Fläche umgenutzt wird, dass es nicht zu Verrutschungen im Welthandelssystem kommt. Aber, wie gesagt, leider diese Debatte fehlt in den G7 bis jetzt. Gleichzeitig hätten wir auch eine deutliche, starke Debatte um die Reduktion der Tierbestände in Deutschland erwartet. Das sind natürlich auch Punkte, wo viel Getreide frei wird, wenn über 50 Prozent des Getreides in Deutschland verfüttert wird. Das sind die Punkte, an die muss man ran, das sind Debatten, die werden seit Jahren geführt. Der Umbau der Tierhaltung ist seit Jahren überfällig. Wann, wenn nicht jetzt! Wenn man dieses Thema so groß macht, wenn man (sozusagen) den Hunger bekämpfen will, seinen Beitrag leisten möchte, dann muss man das tun, dann muss man das abgestimmt tun, im Sinne des Welternährungsrates, damit es natürlich auch nicht Überproduktionskapazitäten auf einmal gibt. Das sind komplexe Debatten. Aber damit hätte man im März (2022) anfangen können und müssen. Weil, (also) aus meiner Sicht oder vieler Sicht, relativ klar war, dass die Häfen (der Ukraine) halt nicht schnell wieder freier werden würden. Das ist doch auch nichts wirklich Neues. Ja, mit dem Blick auf den *Green Deal*, ja den muss man eigentlich beschleunigen angesichts den Herausforderungen, vor denen wir stehen. Herr Frick hatte auch den Klimawandel genannt, den Biodiversitätsverlust. Das sind Punkte, auf die muss man reagieren, damit wir hier nicht in zwei, drei, vier Jahren genau in der gleichen Runde wieder sitzen wegen einer anderen Krise, die zu massiven, einer noch massiveren Zuspitzung der Welternährungslage führt. Das ist aus unserer Sicht absolut wichtig. Und was wir nicht brauchen angesichts



der angespannten Lage ist die Einführung von Risikotechnologien, wie neue Gentechnik. Wir brauchen hier eine Beruhigung des Systems, (aber) einen gezielten ökologischen Umbau des Systems.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Tanzmann. Die Frau Künast hat noch eine Nachfrage, bitteschön.

Abg. Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja jetzt ein paar Punkte aufgemacht. Finde ich ja spannend in der Debatte, weil vorhin jemand, ich glaube es war Herr Röder, gesagt hat, als über diese Flächen hier diskutiert wurden, könnte man allenfalls als Brachen, Vorrangflächen 0,6 bis eine Mio. t sozusagen Lebensmittel wie Weizen oder so gewinnen. Und Sie haben jetzt die Beimischungsquote auf 3,8 Mio. t gerechnet. Also wenn man die auslaufen lassen will - und komplett wären das bis zu 3,8 Mio. t, das ist ja vielleicht eine spannende Zahl, auch die mit den 50 Prozent Fläche an der Stelle. Ich würde gerne wissen, wie Sie in dem Kontext das Thema einschätzen, oder was Ihre Alternative ist - globale Antwort auf globale Nahrungsmittelkrise. Wir wissen ja alle, dass wir einerseits die akute Frage haben, aber zweitens auf die Frage, was ist Ende des Jahres, was ist nächsten Jahres? Und da würde ich gerne wissen, was für Sie die wichtigsten Maßnahmen jetzt wären?

Der Vorsitzende: Herr Tanzmann, bitteschön.

Stig Tanzmann (Brot für die Welt): Dankeschön. Ja, aus unserer Sicht braucht es, wie gesagt, eine global strukturierte Antwort, es braucht eine abgestimmte Antwort. Das macht aus unserer Sicht eine außerordentliche Sondersitzung des Welternährungsrates zur Ernährungskrise notwendig, damit die Fehler aus der Corona-Hungerpandemie, die zu einem vermeidbaren, drastischen Anstieg der Hungerzahlen über 150 Mio. Menschen geführt hatten, sich nicht wiederholen. Auch letztes Jahr und auch das Jahr davor standen wir mit massiven Warnungen vor einer zuspitzenden Ernährungskrise da. Das hat leider zu wenige Menschen interessiert, leider waren wahrscheinlich wir, auch als Brot für die Welt, nicht laut genug in dieser Krise. Aber man hätte schon (da) anders gegensteuern müssen, damit nicht wir (, ja,) in dieser wirklich schlimmen Situation sind. Und in der bisherigen Debatte um die Krisenreaktion wird vor allem viel zu wenig (viel)

über die besonders betroffenen Staaten und betroffenen Gruppen gesprochen, statt mit ihnen. Wir müssen mit ihnen sprechen und nicht über sie. Für eine erfolgreiche Krisenantwort muss sich dies ändern. Bester Ort für diesen Dialog ist das CFS, also der Welternährungsrat. Im CFS muss auch endlich über Handel gesprochen werden, denn das von der WTO (Welthandelsorganisation) etablierte Agrarhandelssystem erreicht offenbar über 800 Mio. Hungernde nicht und über 2,4 Mrd. Menschen, die von Mangelernährung betroffen sind, nur schlecht. Dies muss ehrlich debattiert werden und geändert werden und es (die Debatte) muss auf der Basis des Rechts auf Nahrung als Staatenpflicht und nicht auf Basis reiner Ökonomie geführt werden. Insgesamt sollten die verschiedenen Initiativen der Bundesregierung zur Krisenreaktion gut untereinander koordiniert und mit dem Kanzleramt abgestimmt werden - gerade der Bundeskanzler hat ja eine besondere Rolle, auch vom VN-Generalsekretär Guterres bekommen - und am Recht auf Nahrung ausgerichtet werden sowie auf das CFS fokussiert werden. Darüber hinaus ist anzuraten, den Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, in die Planung der deutschen Bundesregierung zur Krisenantwort einzubeziehen. Dies steht ja auch im Koalitionsvertrag, die Sonderberichterstatter sollen gestärkt werden. Wieso hört man ihn dann nicht ganz prominent? Herr Fakhri sollte natürlich auch in (für) die Vorbereitung des G7-Gipfels in Elmau konsultiert werden. Weiter muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass ein starker, globaler Fonds für soziale Sicherung geschaffen wird, damit (sozusagen) die Maßnahmen oder die Preise auch anders abgepuffert werden (können). Das WFP ist geschaffen worden, um konkrete kurzfristige und direkte Nothilfe zu leisten. Auf die sind Hunderte von Mio. Menschen angewiesen. Für diese Arbeit muss das WFP angesichts der Krise deutlich besser ausgestattet werden und es darf nicht wie in den letzten Jahren chronisch unterfinanziert sein. Aber neben dem WFP müssen auch das CFS, das seine (die) politische Entscheidungsfindung koordiniert, der IFAD-Fond zur direkten Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern und die FAO als große Institution der Welternährung deutlich besser vernetzt (und) ausgestattet werden, mittel- und langfristige Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Welternährung braucht auch Diversität. Um mehr Diversität auf



dem Markt und auf dem Teller gewährleisten zu können und die bäuerlichen Saatgutrechte zu stärken, muss die Bundesregierung sowohl den FAO-Saatgutvertrag als auch den *Global Crop Diversity Trust* besser finanzieren. Auf der Hand liegt natürlich auch: Nahrungsmittelspekulation muss eingedämmt und Agrarmärkte transparenter gemacht werden und die Abhängigkeit von marktbasierenden Welternährungssystemen von billiger fossiler Energie sollte überwunden werden. Die Welt kann sich die energieintensiven Anbaumethoden der grünen Revolution nicht mehr leisten. Der Agrarökologie gehört aus unserer Sicht die Zukunft. Dies bedeutet, bei der Reaktion auf die Verschärfung der Ernährungskrise müssen die Produzenten in den Fokus und (von) Unterstützung und Förderung gestellt werden, die ohnehin schon mit sehr wenig chemischen Düngemitteln oder Pestiziden arbeiten. Also die agrarökologischen und ökologischen Produzenten der Welt. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Tanzmann. Wir haben noch eine knappe Minute. Frau Künast.

Abg. Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich würde gerne, danke Herr Vorsitzender, nochmal die Frage Agrarökologie und energieintensive andere Methoden adressieren. Wo sehen Sie jetzt die größten Fehler? Ein bisschen haben Sie schon aufgemacht, mit Ökonomie *first* sollte sozusagen beendet werden, aber wo würden Sie jetzt meinen Ansätzen zumischen - bei der FAO? Was ist das Werkzeug dafür?

Der Vorsitzende: Herr Tanzmann, Sie sind nochmal angesprochen.

Stig Tanzmann (Brot für die Welt): Ja, also es gibt z. B. die *Scaling up Agroecology*-Initiative, bei der könnte sich Deutschland nochmal stärker engagieren. Was ja auch schon teilweise positiv passiert ist in den deutsch-indischen Regierungskonsultationen, dass dort (sozusagen) Agrarökologie auf Ebene „Staatschef gegenüber Staatschef“ verhandelt wurde und es eine starke Kooperation mit der indischen Regierung dazu gibt. Das würden wir uns natürlich auch mit anderen Staaten wünschen würden. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Das ist auch eine Punktlandung und wir fahren fort in der Fragerun-

de. Das Wort hat die (Fraktion der) FDP, Kollege Dr. Hocker.

Abg. Dr. Gero Clemens Hocker (FDP): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich will nur eine Eingangsbemerkung machen, bevor ich meine erste Frage an Herrn Professor Qaim gleich formulieren möchte. Mein Eindruck und meine Lesart ist die, dass wir es nach wie vor zu tun haben mit explodierenden Bevölkerungszahlen, dass wir einen Klimawandel global erkennen, der immer mehr Flächen unnutzbar macht für die Landwirtschaft, und dass wir es - gerade in Industrienationen - zu tun haben mit Flächenversiegelung und daraus sich eben eine ganz besondere Verantwortung ergibt für Landwirtschaft, meines Erachtens, unseres Erachtens vor allem die Verantwortung, effizienter zu werden. Deswegen will ich meine erste Frage gerne an Herrn Professor Qaim formulieren, inwiefern Sie der Ansicht sind, ob der Hunger in der Welt vor allem in erster Linie ein Verteilungsproblem ist, wie das manchmal behauptet wird, oder nicht auch ein Problem knapper Mengen oder zumindest nicht hinreichender Mengen - und nicht nur alleine der Frage, wie diese Mengen distribuiert werden? Dann würde ich gerne, wenn ich darf, eine zweite Frage gleich an Sie anschließen. Inwiefern erscheint es Ihnen als eine Lehre aus der aktuellen Situation, die durch den fürchterlichen Krieg in der Ukraine ja noch beschleunigt worden ist, dass wir Produktion und Produktivität von Landwirtschaft insgesamt effizienter ausweiten müssen und dabei aber nicht Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele sozusagen aus dem Auge verlassen? Welche Möglichkeiten sehen Sie, um sozusagen diese beiden Ziele miteinander zu vereinen? Weil es in der Vergangenheit immer häufiger die Diskussion gegeben hat, dass eine schließt das andere aus. Meine Wahrnehmung ist die, dass gerade die Landwirtschaft in Deutschland durchaus in der Lage ist, diese beiden Ziele Nachhaltigkeit, Biodiversität auf der einen Seite durchaus zu verbinden mit Effizienz und mit auch einer Ausweitung der Produktion. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Herr Prof. Dr. Qaim, Sie sind angesprochen. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Matin Qaim: Vielen Dank Herr Vorsitzender, Frau Staatssekretärin, verehrte Damen und Herren. Herr Hocker, vielen Dank für die Fragen. Zu der ersten, ist der Hunger ein Verteilungspro-



blem? Ja, ist er. Ist er ein Mengenproblem? Ja, ist er auch. Wir haben in den vergangenen 50 Jahren eine doch relativ deutliche Absenkung der Zahl und auch vor allen Dingen des Anteils der Hungernden gehabt. Und maßgeblich verantwortlich war dafür der Produktivitätsfortschritt in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion. Aber wir dürfen nicht die Augen verschließen, dass dieser Fortschritt in der Hungerbekämpfung nicht erst seit dem russischen Angriff auf die Ukraine so nicht mehr funktioniert. In den letzten fünf Jahren sind die Zahlen und auch der Anteil der Hungernden angestiegen. Wir hatten bereits vor dem Krieg, also im Januar dieses Jahres, Preise, die höher waren als in den letzten Jahrzehnten. Das hat verschiedene Ursachen. Herr Frick hat Klima angesprochen. Wir haben insgesamt aber auch nicht mehr den Produktivitätsfortschritt in der Landwirtschaft, wie wir ihn in den letzten Jahrzehnten hatten. Und spätestens jetzt wird deutlich, dass wir von einer Krise in die andere schlittern. Wir haben die Pandemie, wir haben Wetterextreme, wir haben jetzt den Krieg, Auseinandersetzungen (Krisen) im Sinne von Konflikten und im Sinne von Wetterextremen werden uns in Zukunft begleiten. Und vielleicht die Wetterextreme sogar häufiger, als in der Vergangenheit. Insofern sollten wir die Frage Verteilungs- oder Mengenproblem ad acta legen und erkennen, es ist natürlich beides, es ist auch eine Frage knapper Mengen auf unserem verletzlichen und kleinen Planeten. Und insofern müssen wir natürlich schauen, wie wir Produktivität und Versorgungssicherheit zusammenbringen. Da reicht es eben nicht, wenn wir einfach nur Chemie rausnehmen und den Ökolandbau hochtreiben, sondern wir müssen Antworten finden, auf der begrenzten und kleiner werdenden Fläche produktiv und effizient und umweltfreundlich zu wirtschaften. Und natürlich brauchen wir dafür Innovation. Und eine Innovation, die bei uns verteufelt wird, ist die Gentechnik, völlig zu Unrecht verteufelt. Ich will gar nicht den Eindruck erwecken, dass die Gentechnik kurzfristig uns aus dieser jetzigen Krise rausholt. Aber natürlich müssen wir Innovationen wie die Gentechnik nutzen, um nicht von einer Krise in die nächste zu schlittern und deswegen müssen wir diese Diskussion in Deutschland und Europa nochmal aufmachen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Prof. Dr. Qaim. Die FDP hat noch Nachfragen?

Abg. Dr. Gero Clemens Hocker (FDP): Ja. Vielen Dank, Sie haben damit wohl schon zwei Fragen beantwortet, die ich sonst gestellt hätte. Deswegen würde ich gerne nochmal einen Blick zurück richten auf die Verhandlungen der GAP, weil die berühmten vier Prozent jetzt ja in aller Munde sind. Eben war ja auch schon Kritik geäußert worden an der Gestaltung der *Eco Schemes*. Ich sage es mal so als Nichtlandwirt, mir erscheint es auch in einer Zeit des Friedens schon als fraglich, ob es schlau ist, tatsächlich Flächen aus der Produktion zu nehmen, weil wir uns in Deutschland, in Mitteleuropa, in einem Gunststandort bewegen. Und dieses Spannungsverhältnis, was wir eben aufgemacht haben zwischen Klimawandel, explodierenden Bevölkerungszahlen und viel mehr, das hatten wir ja übrigens auch schon vor dem Ukraine-Krieg und das ist ja keine neue Erkenntnis. Deswegen ganz kurz vielleicht von Ihnen eine Bewertung dessen, was im Bereich der *Eco Schemes* und auch bei der Diskussion über die Brachflächen in Friedenszeiten verhandelt worden ist. Halten Sie das für angemessen, dass man, selbst wenn sozusagen kein Krieg in Europa herrscht, dass man solche Verabredungen trifft?

Der Vorsitzende: Prof. Dr. Qaim, bitteschön.

Prof. Dr. Matin Qaim: Wir haben es natürlich mit unterschiedlichen Zielen zu tun. Und Nachhaltigkeit beinhaltet Ernährungssicherung, beinhaltet Klimaschutz, beinhaltet natürlich auch Artenschutz und insofern brauchen wir unterschiedliche Werkzeuge. Wir wissen schon, dass Flächen, Brachflächen und ökologische Vorrangflächen, wenn sie landschaftlich ordentlich angeordnet sind, einen wichtigen Beitrag für die lokale Biodiversität leisten. Und insofern bin ich bei Herrn Röder, dass die Potentiale dieser aktuellen Flächen relativ gering sind, für die Produktion aber doch einen deutlichen Beitrag für Biodiversität leisten. Ich finde, man sollte und könnte darüber nachdenken, ob man nicht die Vergrößerung dieser Flächen im kommenden Jahr ein Stück weit aussetzt, das ist richtig. Ich würde jetzt aber nicht davon sprechen, Biodiversitätsschutz zurückzufahren. Und insofern ist das tatsächlich der kleinste Baustein. Da ist mengenmäßig nicht so wahnsinnig viel drin. Und insofern würden dort die ökologischen Kosten den ökonomischen und sozialen Gewinn eher überschreiten.



Der **Vorsitzende**: Ja, vielen Dank. Wir fahren fort in der Runde und das Wort hat die (Fraktion der) AfD.

Abg. **Frank Rinck** (AfD): Vielen Dank Herr Vorsitzender, Frau PStn. Herr Professor Qaim, Sie haben im März (2022) vor drastischen Folgen für die globale Ernährungssicherheit gewarnt, falls der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine noch länger andauern sollte. So wie es derzeit aussieht, wird uns dieser Krieg ja nun leider noch eine etwas längere Zeit begleiten. Können Sie uns die von Ihnen angesprochenen drastischen Folgen bitte einmal etwas näher erläutern und auch, was das gerade auch für uns hier in Deutschland bedeutet?

Der **Vorsitzende**: Herr Prof. Dr. Qaim, die Frage ging an Sie. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Matin Qaim: Die drastischen Folgen sind, dass viele Mio. Menschen mehr in der Welt hungern. Ich möchte betonen, dass das nicht nur in Nordafrika der Fall ist, sondern in vielen, vielen anderen Ländern des globalen Südens, denn die Preise steigen weltweit. Ich möchte noch mehr betonen, dass es am Ende auch nicht nur um Kalorien, also genügend Getreide geht, sondern dass es darum geht, dass Menschen, die arm sind, bei steigenden Preisen trotzdem noch was im Bauch haben wollen, aber zum Teil dann nährstoffreichere Produkte reduzieren, Obst, Gemüse, Eiweißprodukte, und insofern dann an Nährstoffmangel leiden. Wir haben leider keine Echtzeitaufnahme der hungernden und unterversorgten Menschen, aber es sind viele, viele Mio. mehr, die ohnehin schon in den vergangenen zwei Jahren und jetzt nochmal zusätzlich seit Februar, seit dem 24. Februar (2022), angestiegen sind. Ich will aber auch betonen, dass wir, wir reden jetzt viel über die Mengen aus der Ukraine und das ist auch richtig, aber Russland ist der größte Exporteur von Weizen. Und ich bin mir nicht sicher, ob wir im Moment, glaube ich, dass wir aus einer Notsituation froh sein müssen, über all das, was aus Russland rausgeht an Getreide. Aber wollen wir mittel- und längerfristig eine Abhängigkeit von Russland haben? Ich glaube, wir müssen das hinterfragen. Auf jeden Fall können wir nicht davon ausgehen, dass Russland mit Putin ein verlässlicher Partner ist und insofern müssen wir auch realisieren, dass enorme Mengen an fruchtbarem Ackerland, fast zehn Prozent weltweit, die in Russland liegen, mit Fragezeichen versehen

sind für die verlässliche Versorgung der Weltgemeinschaft. Und das ist schon etwas, was uns längerfristig aus meiner Sicht bewegen wird.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Prof. Dr. Qaim. Die nächste Frage stellt der Kollege Janich.

Abg. **Frank Rinck** (AfD): Ich hätte da noch eine Nachfrage.

Der **Vorsitzende**: Herr Rinck, dann haben Sie das Wort.

Abg. **Frank Rinck** (AfD): Danke. Geht auch an Professor Qaim. Deutschland ist ein, ich sage mal, landwirtschaftlich günstiger Standort. Wir haben ja hier wettertechnisch und bodentechnisch relativ gute Verhältnisse. Trotzdem wird ja die Extensivierung der Landwirtschaft politisch gefördert und auch eigentlich ja gefordert. Angesichts, ich sage mal, der drohenden Lebensmittelverknappung, selbst wenn die Ukraine ernten kann, wissen wir ja gar nicht, ob man dieses Getreide dann zugänglich machen kann für den Exportmarkt. Müsste doch eigentlich das Angebot hier bei uns auch vergrößert werden d. h. es müssten doch eigentlich mehr Lebensmittel produziert werden. Sehen Sie das ähnlich? Und wie bewerten Sie diesbezüglich Maßnahmen, wie beispielsweise die verbindlichen Ackerstilllegungen ab kommendem Jahr? Ist das überhaupt noch vertretbar?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Kollege Rinck. Herr Qaim, Sie wurden angesprochen.

Prof. Dr. Matin Qaim: Also, zunächst mal ja. Eindeutig, wir sind auf einem Gunstandort und haben damit auch internationale Verantwortung. Müssen wir deswegen ökologische Ziele hinten anstellen? Nein, auf keinen Fall. Wir müssen es zusammenbringen. Aber die Frage ist aus meiner Sicht gar nicht, müssen wir den *European Green Deal* in Frage stellen? Die Frage ist aus meiner Sicht, tun wir das mit den richtigen Instrumenten? Und ich hatte eben kurz angesprochen, dass das Instrument der begrenzten Stilllegung möglicherweise eine Stückweit verzögert werden kann, aber im Prinzip her für Biodiversitätserhalte richtig und wichtig ist. Vielmehr treibt mich die Sorge um, dass viele Menschen in Deutschland glauben, Öko-



landbau sei der Goldstandard, aber der Ökolandbau, der durchaus ökologische Vorteile lokal hat, die ich überhaupt nicht in Frage stelle, hat aber den Nachteil, weniger Ertrag zu bringen. Und zwar signifikant weniger. Insofern finde ich, müssen wir nach Möglichkeiten suchen, Klimaschutz, Artenschutz und hohe Erträge zusammenzubringen auf der Fläche. Und da ist Chemie raus und Ökolandbau hoch alleine nicht die richtige Antwort, sondern wir müssen nach Innovationen suchen, die Chemie raus ermöglichen schrittweise, aber bei stabilen und weiter steigenden Erträgen. Und dazu brauchen wir neue Technologien.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Dr. Qaim. Die nächste Frage stellt Kollege Janich. Bitteschön.

Abg. Steffen Janich (AfD): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Meine Frage auch an Herrn Professor Qaim. Sie halten es für richtig, auch über höhere Steuern für tierische Lebensmittel nachzudenken. Wir als AfD lehnen so etwas ab. Ich hätte trotzdem eine Frage. Und zwar wie hoch ist Ihrer Meinung nach eine Steuererhöhung auf Fleisch? Wie würde sich das darstellen bei den Konsumenten mit diesen Preissteigerungen? Wie hoch könnten die sein Ihrer Meinung nach? Ja, reicht es nicht, dass wir bereits eine Preissteigerung jetzt erleben? Wir hatten im April (2022) eine Preissteigerung von 11,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Können Sie dazu kurz noch etwas sagen, bitte.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Die Frage ging ebenso an Herrn Dr. Qaim. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Matin Qaim: Wir sind bei Fleisch bei rund 60 Kilogramm (kg) pro Kopf und Jahr und nachhaltig wären allenfalls 20 kg, d. h. also, wir müssen rasant runter und das vor dem Hintergrund Klima, vor dem Hintergrund Biodiversität, vor dem Hintergrund menschliche Gesundheit, vor dem Hintergrund Tierwohl. Warum nicht also ein Stückweit auch in der Krise das tun und beschleunigen, was wir ohnehin rasant schnell tun sollten, um eben auch innerhalb der planetaren Grenzen zu bleiben. Ich rechne nicht damit, dass die von mir angesprochene Steuer in den nächsten Wochen passieren wird. Insofern, ja es wäre jetzt schwierig, aber Steuereinnahmen kann man auch sinnvoll dafür verwenden, in sozialer Umverteilung diejenigen profitieren zu lassen, die vielleicht so viel Fleisch

gar nicht essen, aber für Ernährung, für gesunde Ernährung mehr Mittel benötigten. Also insofern denke ich, den Weg müssen wir gehen, gar nicht nur jetzt in der Krise, sondern insgesamt. Und warum dann nicht jetzt anfangen ernsthaft darüber nachzudenken und die Schritte in die Wege zu leiten?

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Prof. Dr. Qaim. Wir haben jetzt die Zeit ein bisschen überschritten. Ich denke, das machen wir in der nächsten Runde wieder im Ausgleich. Wir kommen jetzt zur Fraktion DIE LINKE. und das Wort hat die Kollegin Latendorf.

Abg. Ina Latendorf (DIE LINKE.): Vielen Dank Herr Vorsitzender, vielen Dank an die Sachverständigen, die bisher zu Wort gekommen sind. Ich möchte meine Fragen konzentrieren auf das Thema Düngemittel und Lena Bassermann als Sachverständige fragen. Wie schätzen Sie die Preissteigerung für die Düngemittel ein, die wir derzeit haben und welche Auswirkungen hat das auf die Bauern und Konzerne?

Lena Bassermann (INKOTA): Vielen Dank. Ja, wir sind in der Situation, da die Düngemittel(preise) so hoch sind wie niemals zuvor. Und das wirkt sich derzeit vor allen Dingen auf Länder des globalen Südens besonders dramatisch aus. Also, um ein Beispiel zu nennen, in Kenia haben sich die Preise für Düngemittel verfünffacht. (Das ist) für Bäuerinnen heißt das in vielen Fällen, sie können sich einfach schlicht keine Düngemittel mehr leisten. Wir sehen aber auf der anderen Seite, wie Düngemittelkonzerne in einem ganz extremen Maße derzeit von dieser Krise profitieren. (Also) „Yara“ hat im ersten Quartal diesen Jahres seinen Nettogewinn versiebzifacht. Auch „K&S“ hat ein Gewinnplus von 35 Prozent und (auch) die Prognose insgesamt (um 40 Prozent) angehoben. Und die Konzerne sagen, sie können mit den gestiegenen Preisen die gestiegenen Mehrkosten für Transport und Energie mehr als ausgleichen. Also man sieht, wie hier wirklich Gewinne gemacht werden. Und ich denke, da ist ein dringendes Eingreifen oder auch eine Regulierung zu diskutieren. Wie z. B. eine Übergewinnsteuer, wie sie jetzt für andere Sektoren auch diskutiert werden, die verhindern(t), dass Konzerne diese Profite einseitig abschöpfen. Oder auch Preisobergrenzen wären ein weiteres Instrument, das



dringend diskutiert werden sollte. Denn die Frage (es) stellt sich ja, wo fließen (die) Subventionen hin? Also wenn (das) mit Subventionen abgefangen wird, die dann wiederum eigentlich nur in Konzernprofite fließen, ist das (dies) etwas, was (das) wir durchaus (als) sehr kritisch sehen (bewerten). Erst recht für Länder des globalen Südens, mit (ihren) angespannten Haushaltslagen, (ohnehin wirklich kritisch,) denn da (für sie) ist auch mehr als (deutlich) nachgewiesen, dass (diese) Blankosubventionen für Düngemittel (wirklich auch) keine nachhaltigen Effekte auf Hunger- und Armutsbekämpfung haben. Damit möchte ich auf einen weiteren Punkt kommen, nämlich dass die Abhängigkeit von fossiler Energie im Ernährungssystem dringend beendet werden sollte. (Also,) um nur (ein)mal zwei Zahlen zu nennen zu den Klimaauswirkungen: Allein die Wertschöpfungskette für Stickstoffdünger ist von (für) 2,4 Prozent der weltweiten Treibhausgasemission verantwortlich. Und (Zudem) es gibt keine chemische Reaktion, die mehr Energie verbraucht als die Ammoniaksynthese zur Herstellung von Stickstoffdünger. Wenn wir (jetzt) von Transformation reden und von Abhängigkeiten, das ist (stellt sich die) Frage, in welches System sollen Bäuerinnen (und Bauern) wir im globalen Süden gebracht werden (sollten)? Gerade sehen wir (eben) die Auswirkungen (mehr als deutlich) und (damit auch,) wie krisenanfällig diese (Agrar- und Ernährungs-)Systeme sind. Deshalb wäre mein dritter Punkt, dass sich (in der derzeitigen Situation) eine Chance auch liegen kann für eine Transformation. Denn wir sehen zum einen, dass Bäuerinnen im globalen Süden, die jetzt keinen Zugang mehr haben zu Düngemitteln, aktiv nach Alternativen suchen und (diese nach)fragen, wie nach (etwa) Biodünger. Wir sehen, dass diejenigen, die hier schon vor der Krise ganzheitliche Ansätze praktiziert haben, auch während Covid (der weltweiten Corona-Pandemie), definitiv krisenbeständiger sind. Und wir sehen auch in Europa, das finde ich auch nochmal einen ganz interessanten Aspekt, oder auch hier in Deutschland, dass plötzlich landwirtschaftliche Berater (ja) Tipps geben, wie man weniger Düngemittel ausbringen kann (- eben), weil die Preise eben so hoch ist (sind). Also jetzt geht das plötzlich. Und ich glaube, man sollte hier ansetzen und (hier) die Transformationschancen auch sehen, die die Krise leider (- trotz der Krise.), aber (sollten) (eher) in diese

Richtung (einfach) zu denken, anstatt dieses (nachweislich nicht nachhaltige,) konventionelle (Landwirtschafts-)System zu pushen. Danke.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank Frau Bassermann. Wir sind jetzt am Ende der ersten Fragerunde und wir steigen gleich ein in die zweite Fragerunde. Und wir beginnen wieder mit der (Fraktion der) SPD. Frau Dr. Kersten, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Franziska Kersten (SPD): Danke sehr. Ich hätte eine Frage an Herrn Dr. Frick. Es gibt ja jetzt eine Initiative unserer Entwicklungsministerin Svenja Schulze, die mehr oder weniger möchte, dass sich verschiedene Akteure zusammenschließen und dann mit Herrn Özdemir und auch Frau Baerbock mehr oder weniger eine - praktisch zwischen Gebern und Empfängern - eine Koordination der Hilfe. Wie schätzen Sie das ein, die erfolgreiche Sache dahingehend und was würden Sie da vielleicht noch für notwendig halten, um da wirklich Effekte zu erzielen?

Der Vorsitzende: Herr Dr. Frick, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Frick (UNWFP): Vielen Dank Frau Abgeordnete. Das ist natürlich eine sehr gute Initiative, denn wir müssen jetzt kurzfristig sehr schnell handeln, um zu verhindern, dass noch mehr Menschen in Ernährungsunsicherheit und Hunger abrutschen. Die Koordination der Hilfe ist ein wesentlicher Bestandteil, ich denke ein Punkt, der war auch sehr schwierig zu erreichen, ist es, die Transparenz der Märkte zu schauen, in welchem Maße Spekulation stattfindet. Wir haben Erkenntnisse, dass in der ersten Woche im März (2022) mehr Finanzvolumen in Weizen gehandelt worden ist als normalerweise in vier Wochen. Das ist ein starkes Indiz dafür, dass hier auch spekuliert worden ist. Langfristige Lieferverträge sind, glaube ich, etwas, was wichtig ist und vielleicht auch ein Appell an die Staaten, die Getreide bevorratet haben, Vorräte zu teilen, um jetzt dieser Krise die Spitze zu nehmen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Dr. Frick. Frau Dr. Kersten, bitteschön.

Abg. Dr. Franziska Kersten (SPD): Entschuldigung, ich war zu flott. Dann an Herrn Hemmerling einmal



die Frage. Was müsste passieren, dass die *Eco Schemes* für die Landwirte attraktiver werden und wie die Ziele, tatsächlich eine höhere Biodiversität erreichen, unabhängig jetzt von dem, was wir jetzt über die Brachen diskutieren?

Der **Vorsitzende**: Herr Hemmerling, die Frage ging an Sie. Sie haben das Wort, bitteschön.

Udo Hemmerling (DBV): Vielen Dank Frau Dr. Kersten für die Frage. Im GAP-Strategieplan, der ja in Brüssel jetzt vorliegt, sind Fördersatzte hinterlegt, Prämiensätze und Hektarziele, Hektarmengenziele sozusagen. Und die müsste man sich nochmal anschauen, ob die noch realistisch sind vor dem Hintergrund. Wir haben gesagt, sie waren letztes Jahr schon nicht realistisch, aber (also) nochmal anschauen. Ich gehe mal davon aus, dass im Herbst (2022) ohnehin zumindest die GAP-Direktzahlungsverordnung, die Konditionalitätenverordnung, ohnehin nochmal im Bundesrat landen werden. Und sich das dann nochmal anzuschauen, kann man machen, sollte man machen, ja.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Hemmerling, Frau Dr. Kersten.

Abg. **Dr. Franziska Kersten** (SPD): Dann an Herrn Dr. Röder noch einmal die Frage. Auf den Flächen, die jetzt mehr oder weniger als Brachen vorgesehen sind, die jetzt freigegeben werden sollten nach Ansicht der CDU/CSU, da würde ja notwendig sein, dass man Dünger und Pflanzenschutzmittel einsetzt. Wie bewerten Sie diesen Einsatz aus ökonomischer und ökologischer Sicht?

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Röder, die Frage ging an Sie. Bitteschön.

Dr. Norbert Röder: Danke für die Frage. Wie gesagt, aus ökonomischer Sicht notwendig, weil sonst passiert auf den Flächen nichts. War die Frage nicht schon vorher gestellt? Also deswegen nur die Frage in der ersten Runde. Also ich kann es nochmal wiederholen (*Lachen*).

Der **Vorsitzende**: Bitteschön, machen Sie einfach weiter.

Dr. Norbert Röder: Ja gut. Es passiert, aus ökonomischer Sicht ist der Einsatz notwendig, insbesondere

auf den 60 Prozent, die langjährige Brachen sind. (Auf den) 30 Prozent, die jedes Jahr rotieren, könnte man es machen. Ökologisch ist es gerade da der große Schaden, weil wir hier die Biodiversität zerstören auf diesen Flächen sehr massiv. Der Düngereinsatz ist etwas weniger, aber da geht Richtung Nahrungsmittelproduktion weniger. Nur mit Düngemitteln könnte man in Richtung Futterbau gehen und hätte dann Substitutionseffekte, so dass man etwas aus dem Futterbau hätte und dann vielleicht auf anderen Flächen weniger Getreidebau. Das ist insgesamt, aber auch vielleicht der Punkt bei den Nutzungsoptionen für diese Flächen, wo man darüber diskutieren muss, wir haben Regelungen, z. B., das ist jetzt bei den Brachen oder bei den ÖVF die Futternutzung freigegeben. Viel mehr Potential ist auch, wenn die energetische Nutzung freigegeben würde, also für Biogasanlagen oder auch, wenn man darüber nachdenkt, Herr Auernhammer hat es angesprochen, wir haben viele Flächen, die sind in den 2. Säule-Maßnahmen drin, auch da haben wir dann eine Mulchverpflichtung drin. Und ich sag mal, man kann es auf einen einfachen Satz bringen: Mulchen ist für die Biodiversität Mist! Also, sie können eigentlich nichts Schlimmeres machen, als eine Fläche jährlich zu mulchen. Dann haben Sie einen Riesenschaden verursacht. Es ist viel sinnvoller, auf diesen Standorten, sie zu mähen, es abzufahren, in die Biogasanlagen einzubringen. Auch vor dem Hintergrund, dass wir eigentlich in der Landschaft aus Sicht (des) Gewässerschutz, (der) Biodiversität ein Nährstoffproblem haben, dass wir zu viele Nährstoffe haben, ist das eine Quelle, die wir mit relativ geringen Kosten eigentlich erschließen könnten, um hier auch etwas die Nährstoffe sinnvoller in der Landschaft zu verteilen, nämlich da, wo wir sie brauchen, auf der Produktionsfläche, und nicht da, wo wir sie nicht haben wollen, auf Flächen, die zum Biodiversitätsschutz beitragen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Dr. Röder. Die nächste Frage kommt wieder von Frau Dr. Kersten.

Abg. **Dr. Franziska Kersten** (SPD): Ich wäre noch einmal dankbar, dass Sie uns noch einmal was sagen zu den Qualitätsnormen für Backweizen, weil (es) da durchaus auch interessante Studien gibt. Und da würde ich mal A-Weizen oder wie man damit, oder Dinkelweizen, wie man damit umgehen



kann, um möglicherweise da auch bestimmte Disparitäten aufzulösen.

Der Vorsitzende: Herr Dr. Röder.

Dr. Norbert Röder: Wir haben, in Deutschland wird die Qualität von Weizen am Proteingehalt gemessen. Und danach wird der Landwirt bezahlt. Jetzt haben wir aber das Problem, dass, je höher der Proteingehalt des Weizens ist, desto geringer ist der Ertrag. Jetzt kann man sagen, auf den Standort, irgendwo jeder Prozentpunkt mehr Proteingehalt führt zur Ertragseinbuße von fünf bis zehn Prozent, d. h. wenn man Weizen produzieren würde mit einem geringeren Proteingehalt, könnte man deutlich mehr produzieren. Jetzt sind die Normen so, dass wir bei 14 Prozent, 13 Prozent Elite-Weizen, A-Weizen sind für die Vermarktung. Viele Versuche zeigen, elf Prozent ist machbar. Mit elf Prozent kann man gutes Brot backen. Wenn man es schaffen würde, das zu reduzieren, um ein oder ein halbes Prozent weniger in der Produktion, hätten wir a) die Möglichkeit, die Mengen auszuweiten, weil wir einfach ertragreichere Sorten anbauen könnten auf den Standorten und wir hätten b) den Effekt, dass wir weniger Lachgasimmissionen hätten, dass mehr von dem Dünger auch in der Pflanze landet, weil gerade die Erreichung der hohen Proteingehalte in der letzten Düngung ist mit, unweigerlich produktionstechnisch, mit sehr hohen Verlusten am Stickstoff verbunden.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Dr. Röder. Die nächste Frage kommt von Frau Lehmann, ebenfalls SPD.

Abg. **Sylvia Lehmann** (SPD): Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich hätte eine Frage, ich weiß jetzt leider den Namen nicht, an den „Herrn Brot für die Welt“. Sie haben auch in Ihrer Stellungnahme geschrieben, den Weizenbedarf differenzierter zu betrachten. Da würde ich darum bitten, dass Sie das vielleicht hier in dieser Runde auch nochmal erklären. Und ist es nicht so, dass wir uns in unserer Diskussion zu sehr jetzt auf Weizen konzentrieren, weil durch Ukraine und Russland natürlich der Weizenanbau einbricht. Und sollten wir da möglicherweise uns nicht auf andere Produkte auch

konzentrieren, die von den Ländern in Südafrika gerne auch in Anspruch genommen werden?

Der Vorsitzende: Die Frage ging an Herrn Tanzmann. Sie haben das Wort Herr Tanzmann.

Stig Tanzmann (Brot für die Welt): Vielen Dank und vielen Dank für die Frage. Es wird sehr viel über Weizen und Importabhängigkeit gesprochen in der Öffentlichkeit. Wir finden das nicht immer zielführend, weil es gibt einige Staaten, die haben eine sehr hohe Abhängigkeit im Kalorienbedarf, wie z. B. Tunesien, Ägypten. Die brauchen wirklich diese Importe dringend und denen muss man auch wirklich unbürokratisch helfen. Aber es gibt verschiedene andere afrikanische Staaten, da macht es dann unter zehn Prozent des Kalorienbedarfs aus. Dort könnte man sozusagen auch a) andere Dinge liefern und b) sind es auch vor allem Staaten, wo dann häufig auch kein Weizen selber wächst. Wo dann sozusagen die Differenzierung des Anbausystems eher darauf hinauslaufen muss, mehr Reis, aber vor allem auch wieder Hirse anzubauen (und es gilt gerade) mit Hirse voranzukommen. Deswegen hatten wir ja auch (in der schriftlichen Stellungnahme) den *Global Crop Diversity Trust* angesprochen, die ja auch versuchen, wirklich wieder Hirse zurück in den Anbau zu bringen in verschiedenen afrikanischen Staaten. Auch das Projekt des BMEL mit dem mit dem FAO-Saatgutvertrag (in Folge der Zyklone Kenneth und Idai) macht auch genau das, weil diese (traditionellen) Früchte sind deutlich besser, also Hirse ist deutlich besser an den Klimawandel angepasst, kommt mit weniger Wasser, höheren Temperaturen und weniger Düngemittel zurecht. Das sind sozusagen Dinge, die vorangebracht werden müssen, und wie Herr (Prof. Dr.) Qaim auch richtig gesagt hat, es geht nicht nur um die Kalorien allein. Satt ist nicht genug. Wir brauchen auch deutlich mehr Gemüse wieder im Anbau. Auch das muss in der Debatte stärker vorangestellt werden. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Tanzmann. Die nächste Frage kommt von Frau Dr. Kersten, bitte schön.

Abg. **Dr. Franziska Kersten** (SPD): Dann hätte ich an den Herrn Professor Lakner nochmal die Frage. Wie sollte Ihrer Meinung nach der Umbau der Tierhaltung etwas stärker, ambitionierter angegangen werden? Weil wir ja alle wissen, dass da durchaus auch ein Potential auch an weniger Getreideverbrauch mit weniger Tieren gemacht werden. Das



wäre die erste Frage. Und dann eine zweite würde ich dann anschließen, dass Sie nur wissen, dass wir auf die Minutenzahl gucken.

Der Vorsitzende: Herr Dr. Lakner, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Sebastian Lakner: Vielen Dank. Ich meine, zum Umbau der Tierhaltung gibt es ja vom Wissenschaftlichen Beirat 2015 eigentlich eine recht ausführliche Studie. Es gibt den Bericht der „Borchert-Kommission“. Und ich glaube, insgesamt ist es sehr, sehr wichtig und zwar aus zweierlei Hinsicht. Einerseits, die Gesellschaft erwartet Tierwohlhaltung (, erwartet auch vielleicht,). Es gibt durchaus Interesse nach qualitativ hochwertigerem Fleisch. Es ist natürlich eine sehr, sehr große Aufgabe, weil (letztendlich) die Produzenten haben manchmal auch so ein bisschen das Gefühl, sie werden einerseits mit den Erwartungen konfrontiert, andererseits ist das Einkaufsverhalten nicht immer „1 : 1“, sprich, wir müssen den Markt umorganisieren, *Labeling* entsprechend der verschiedenen Tierhaltungsarten. Wir brauchen Angebote für Stallumbau, Investitionshilfen. In Holland hat man teilweise Schweineproduzenten auch aus der Produktion rausgekauft, also ihnen sozusagen ein Angebot gemacht, wenn sie ihren Betrieb nicht weiterführen wollen oder was anderes machen wollen. Über solche Dinge kann man nachdenken, wie gesagt, höhere Umsatzsteuer auf Fleisch halte ich auch für denkbar, ganz ähnlich wie der Kollege (Prof. Dr.) Qaim. Muss man natürlich immer abwägen, in welcher Situation man das einführt, weil das natürlich aktuell schwierig wäre. Trotzdem ist es, glaube ich, etwas, wo wir mittelfristig hinmachen(kommen) müssen, um wirklich deutlich zu machen, die sozusagen das Niveau unseres Fleischkonsums, das ist global nicht darstellbar. Das können wir nicht auf andere Staaten übertragen. Wir sind da einfach in unserem Konsumsystem nicht nachhaltig. Und dann wird da auch ein bisschen ein Schuh daraus, dass man nicht sagt letztendlich, das ist die Schuld der Landwirtschaft, sondern letztendlich das ist auch eine Frage der Konsumentinnen und Konsumenten, was sie nachfragen. (Und) sprich, da müssen wir in einen gesellschaftlichen Diskussionsprozess rein. Es ist sehr langfristig angedacht, aber ich denke, das ist die Aufgabe, vor der wir eigentlich stehen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Dr. Lakner. Frau Dr. Kersten, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Franziska Kersten (SPD): In Ihrer Stellungnahme haben Sie auch geschrieben, dass man einen langsamen Einstieg bei GLÖZ 8 als Politikoption sehen sollte, aber den nicht als unproblematisch bewertet. Wo wäre da so Ihre Vorstellung davon, was wäre das Sinnvollste, wenn wir jetzt die wirklich Ernährungskrise anschauen und dennoch den absoluten Nutzen von GLÖZ 8 dagegenstellen? Wie könnte man damit klarkommen?

Der Vorsitzende: Diese Frage ging auch an Herrn Dr. Lakner? Herr Dr. Lakner, bitteschön.

Prof. Dr. Sebastian Lakner: Vielen Dank. Genau, (ich glaube,) das ist natürlich (so ein bisschen eine Frage, die muss man jetzt, das ist ja) eine politische Frage, wollen wir wirklich auf vier Prozent. (So,) ich glaube (erstmal), ganz grundsätzlich muss man (ja) erstmal sagen: Als Agrarökonom plädieren wir (eigentlich) eher für qualitativ hochwertige Agrarumweltmaßnahmen, die (sozusagen) mit einer günstigen Prämie versehen sind und die (sozusagen) optimal geplant sind, sprich eigentlich wäre (mein erstes,) meine *First best*-Option eigentlich (dafür), dass wir wirklich versuchen, sehr gezielt qualitativ hochwertige Maßnahmen kombiniert mit Beratung. Das (Es) ist auch klar, das kriegen wir besser in der 2. Säule (hin). Nun haben wir die GAP-Reform, so wie sie ist. Sie passt nicht so richtig auf unser föderales System. Jetzt ist (ein bisschen) die Frage, wie gehen wir mit GLÖZ 8 um? Ich glaube, wichtig muss erstmal das Grundsätzliche sein, dass wir nicht unter dem Stand der Branchen, wie sie aktuell sind, zurückfallen, weil das (würde wirklich,) wäre für die Biodiversität schwierig. Ein(en ein) bisschen langsamerer Einstieg, zwei, zweieinhalb Prozent nächstes Jahr und dann schrittweise (erhöhen), das wäre wichtig. Nur müsste man das (wirklich) auch mit der Botschaft verknüpfen, es (das) ist (hier auch) keine Stilllegung, sondern es sind Biodiversitäts- oder ökologische Vorrangflächen. (Ja,) es (das) ist auch immer eine Frage der Wortwahl. Und dann müssen wir auch die Bedeutung dieser Flächen für die Agrarökosysteme wirklich (auch) politisch kommunizieren. Das würde ich für sehr wichtig halten. Und aus meiner Sicht müssen wir eigentlich perspektivisch eher dahin, dass wir (sozusagen) aus



diesen Flächen wirklich etwas machen, dass Betriebsleiter/innen das ernstnehmen und einfach wissen, dass sie dann an der Stelle wirklich Umweltleistung erzeugen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Dr. Lakner. Die nächste Frage stellt Frau Dr. Kersten.

Abg. Dr. Franziska Kersten (SPD): Herr Lakner, also nochmal an Herrn Lakner. vielleicht die Frage Wie schnell würden Sie diese Notwendigkeit von Pflichtzumischung zu Biokraftstoffen, wie würden Sie das für möglich halten? Wie schnell geht das in der technischen Umsetzung?

Der Vorsitzende: Herr Dr. Lakner, bitteschön.

Prof. Dr. Sebastian Lakner: Vielen Dank, Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG), ich glaube (§) 37 a („Pflichten für Inverkehrbringer von Kraftstoffen“): (also) letztendlich das ist eine gesetzgeberische Vorgabe an die Mineralölindustrie, Treibhausgase einsparen zu müssen. So, jetzt könnte man überlegen: Wir haben wohl, (glaube ich), noch (so) ein bisschen Quotenüberhang von den letzten Jahren. Das ist natürlich das Eine, aber das Zweite ist: An sich könnte man überlegen, dass man bestimmte Stoffgruppen hier gesetzgeberisch rausnimmt. Eine andere Möglichkeit wäre entweder (sozusagen) die Quote kurzfristig runterzusetzen oder die „Pönale“ ein, zwei Jahre auszusetzen, also die Strafzahlung, wenn diese THG-Einsparung von der Mineralölindustrie nicht eingehalten wird, (sozusagen) (ein oder zwei Jahre) auszusetzen. Es gibt da (, glaube ich), ein paar Maßnahmen und (eben irgendwie gesagt, es gibt) Stoffgruppen, wo die Biokraftstoffe weiterhin sinnvoll sind, das muss man auch wissen. Es ist (immer dann) eine Differenzierung (notwendig), aber ich glaube, gesetzgeberisch wäre das sehr kurzfristig möglich.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Dr. Lakner. Und noch eine Frage von der Frau Dr. Kersten.

Abg. Dr. Franziska Kersten (SPD): An Herrn Dr. Röder noch einmal die Frage. Sie hatten ja die Multifunktionalität der Landnutzung. Da wäre ich dankbar, wenn Sie die letzte Minute nutzen, um nochmal zu PV (Photovoltaik), Agri-PV vielleicht sich äußern würden, denn es ist ja auch eine energetische Möglichkeit.

Der Vorsitzende: Herr Dr. Röder, die Frage ging an Sie. Bitteschön.

Dr. Norbert Röder: Also der Punkt, den ich glaube auch von meinen beiden Kollegen angesprochen ist, wir müssen mit der Effizienz der Landnutzung hochkommen und Agri-PV-Anlagen oder PV-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen sind von der Wirtschaftlichkeit, die schlagen alles, was sie in der Landwirtschaft haben, vielleicht mit Abstand des Gemüsebaus. Jetzt kann man diese Flächen rausnehmen und eine Graseinsaat machen und die Sache ist erledigt und alle 14 Tage abmulchen. Dann hat man relativ wenig gewonnen, in dem (Hinblick auf) die Biodiversität. Und die Frage ist aber insgesamt, kann man das besser nutzen, auch im Sinne von Planungskonzepten, kooperativen Ansätzen, und sagen - ok, auf diesen Flächen hier gibt es kein Produktionsinteresse für den Betreiber, der will hier eigentlich möglichst wenig damit zu tun haben - durch Vorschriften oder Beratung, dass hier wirklich hochwertige Biodiversität entsteht, das es auch an Standorten entsteht, wo es was bringt, also auch Agri-PV-Anlage in der Intensivlandwirtschaft. Ich sage mal die meisten Insekten und kleineren Tieren ist es herzlich egal, ob auf so einem Blühstreifen alle sechs Meter (m) eine PV-Anlage steht, aber man kann dann gewisse Effekte verbinden, man kann auch Effekte mit Hinblick auf Erosionsschutz verbinden oder Gewässerschutz, das erfordert aber auch Gefühl vor Ort. Wenn Sie das in Vorschriften packen wollen, scheitern Sie allgemein, d. h. vor dem Hintergrund braucht es dann diese kooperativen Ansätze und es braucht auch das Personal vor Ort, das das umsetzen kann.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Dr. Röder. Wir kommen in der Fragerunde jetzt zur „Union“. Und die nächste Frage stellt Herr Dr. Vogt, bitteschön.

Abg. Dr. Oliver Vogt (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe nochmal eine Frage an Herrn Hemmerling. Es ist eben ja nochmal auch über das Thema Flächenstilllegung vier Prozent gesprochen worden, bei einigen habe ich auch schon andere Prozentzahlen jetzt vernommen. Aber konkret wäre jetzt nochmal für uns interessant, welche Einschätzung Sie haben, welches Potential konkret nach Schätzung sozusagen in so und so viel t darin bestünde, wenn wir



auf die vier Prozent Stilllegung in 2023 verzichten würden? Und wann müssten Ihrer Ansicht nach die entsprechenden Entscheidungen dazu dann auch fallen, dass man das auch umgesetzt bekommt?

Der **Vorsitzende**: Die Frage ging an den Herrn Hemmerling, Herr Hemmerling, Sie haben das Wort.

Udo Hemmerling (DBV): Vielen Dank für die Frage. Wir haben also in Deutschland ja etwa elf Mio. ha Ackerfläche. Und bei vier Prozent, dann haben wir noch Kleinbetriebsregelung usw., kommt man sozusagen auf eine potentielle Zielfläche von 400 000 ha. Es kam die Zahl gerade, z. Zt. befinden sich in der Ackerbrache 150 000/180 000 ha sozusagen im jetzigen *Greening*. Also reden wir über ein Delta von ca. 200 000 ha. Und die mit einem Ertrag, den müssten man (sich) etwas unterdurchschnittlich ansetzen, bei 5 t oder so, würde ich mal eher sehen, weil man dort auch eher die Grenzflächen in Betrieb nimmt. Und dann wäre man vielleicht bei einer Mio. t Getreide oder andere Kulturen oder etwas mehr. Aber der Punkt ist natürlich, es handelt sich hier um eine europäische Regelung. Den Punkt muss ich einfach nochmal machen. Und gesamt-europäisch hat es dann schon eine Wirkung über den Gesamtmarkt. Und von daher bleiben wir dabei, dass das in der jetzigen Situation so nicht verantwortbar ist, dass man das entweder schieben oder variieren muss. Wir könnten ja auch bei einer Regelung wie beim *Greening* bleiben, dass wir es über Zwischenfrüchte weiter erfüllen. Darüber kann man ja nachdenken.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Hemmerling, Dr. Vogt hat noch eine weitere Frage. Bitteschön.

Abg. **Dr. Oliver Vogt** (CDU/CSU): Genau. Meine nächste Frage geht ebenfalls an Herrn Hemmerling. Wir haben heute im Rahmen der Anhörung ja auch vorhin das Argument alle vernommen, dass zur besseren Sicherung der Ernährungssicherheit auch über eine Reduzierung der Tierbestände nachzudenken ist, weil ja, so habe ich es zumindest vorhin vernommen, ich sage mal bestimmte der Nahrungsmittelproduktion entzogenen Bereiche ja für die Tierfütterung verwendet werden. Würden Sie einmal so freundlich sein, uns mitzuteilen, welche Auswirkungen eine Verringerung der Tierhaltungs-

zahlen in Deutschland bei gleichbleibender Nachfrage seitens der Verbraucher für einen Effekt hätten?

Der **Vorsitzende**: Die Frage ging ebenso an Herrn Hemmerling. Herr Hemmerling, bitteschön.

Udo Hemmerling (DBV): Also zu Ihrer Frage, wie wirkt das bei gleichbleibender Nachfrage: Dann würde natürlich mehr importiert werden. Wir sind natürlich weiter in offenen Märkten. Jetzt, (die) sozusagen das Befinden der Landwirte im Moment ist eigentlich: (Wir) bewegen uns ja in einer Situation der Unsicherheit. Wenn ein Landwirt heute anruft und sagt bei seinem Agrarhandel, ich brauche mal Düngemittel für das nächste Jahr, für die Frühjahrsaussaat, ich brauche Sojaschrot oder ich will Diesel bestellen, dann kriegt er diese Verträge im Moment nicht. D. h. es ist insgesamt eine Situation der Planungsunsicherheit und die Erwartung auch aus früheren, ich sage mal Preis-*Peaks* heraus, dass das eine produktionsstimulierende Wirkung hat, das hat das ja gehabt 2006/2007, wurde global dann mehr produziert und dann hat sich das wieder glatt gezogen. Das würde ich gerade in der jetzigen Situation wegen der gleichzeitig dramatisch gestiegenen Energiepreise nicht erwarten, d. h. die Verknappungssituation und damit diese hohe Preissituation wird wahrscheinlich nicht nur ein Jahr, sondern eher zwei, drei Jahre, vorbehaltlich weiterer Risiken, Klimaextreme usw. auch fortgehen. Und deswegen ist es jetzt eigentlich wichtig, sozusagen, wie kriegen wir denn Landwirte im Moment sozusagen stabil aufgestellt, d. h. dann so schön „resilient“ jetzt. Und da ist auch das Empfinden, gerade die Landwirte, die eine eigene Biogasanlage haben oder eine eigene Tierhaltungsanlage, Tierhaltung haben, die können wesentlich beruhigter schlafen, weil sie wissen, wo sie den Nährstoff überhaupt herkriegen für den Pflanzenbau im nächsten Jahr. Wir haben in Deutschland, wenn wir in die Statistik reingucken, bei dem Düngestickstoff wird etwa die Hälfte über Mineraldünger abgedeckt und die andere Hälfte, genauer gesagt ein Viertel über Gülle und Mist und ein Viertel über den Gärrest. Und deswegen ist es jetzt so wichtig, dass wir überhaupt sozusagen unsere Kreisläufe so einigermaßen in der Krise am Laufen halten, die Nährstoffkreisläufe. Und da finde ich auch die Diskussion teilweise etwas schief, die gesagt wird, wir stocken jetzt gerade in der Krise die Tierhaltung ab.



Das würde nämlich den Effekt haben, dass dann die Produktion insgesamt auch sinkt, weil wir ja auf vielen Flächen gar kein Brotgetreide anbauen können so ohne weiteres. Also, dass die Tierhaltung in Deutschland so stark ist, gerade im Milchviehbereich, hängt auch damit zusammen, an den Mittelgebirgsstandorten, weil das keine Weizenexportstandorte sind. Deswegen ist da die Milchviehhaltung und die Rinderhaltung dominant. Und dieses sozusagen jetzt einfach aufs Spiel zu setzen in der Krise, wäre gerade der falsche Weg. Deswegen unsere Botschaft hier, Stabilisierung und die Kreisläufe, die wir einfach haben, halten. Und deswegen will ich einfach da nochmal noch einen Punkt setzen in der Debatte jetzt um Biokraftstoffe und will den Blick nochmal werfen in Richtung EEG, Biogas. Der Vorschlag des jetzigen EEG, was jetzt ja hier parallel, glaube ich, beraten wird, läuft darauf hinaus, die Biogasanlagen schneller abzustellen. Und man lässt offenbar in dieser Regierung die Kohle bewusst länger laufen als eine Verlängerung von Biogasanlagen. Und das sind Dinge, die verstehen wir dann in der Abwägung nicht. Dass hier Nutzungskonflikte da sind, natürlich sind die da, aber jetzt gerade in der Krise zu rufen, alle Kreisläufe, die wir aufgebaut haben, auch alle Investitionen und das Wissen, was wir haben in der effizienten Landwirtschaft, jetzt in der Krise wegzuschmeißen, das wäre gerade der falsche Weg. Gleichzeitig sagen wir natürlich, Tierwohl, es ist alles gesagt worden, das Konzept Borchert jetzt auch umzusetzen, damit wir uns auf den Weg zu machen. Die Aussage steht gleichzeitig. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Hemmerling. Als Nächstes ist Kollege Auernhammer dran, bitte schön.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Herr Hemmerling hat es gerade gut ausgeführt, wir müssen aufpassen, dass wir hier in eine Diskussion nicht kommen, Lebensmittelversorgung vor Klimaschutz. Und ist hier in dieser Anhörung auch beim einen oder anderen angeklungen, dass man vielleicht weniger im erneuerbaren Bereich macht und dann direkt in die Lebensmittelversorgung einsteigt, aber ist halt nicht „1 zu 1“ zu ersetzen die Themen und vor allem auch die Produkte. Und wie wichtig Klimaschutz ist, sehen wir z. Zt. in Indien. Und Herr Dr. Frick,

ich habe mitbekommen, Indien hat ja einen Exportstopp für Lebensmittel erlassen. Sie wollen nicht mehr exportieren, sie schotten sich quasi ab vom Weltmarkt. Wie wichtig sehen Sie solche Handelsstrukturen, offene Märkte, für die Lebensmittelversorgung gerade in den Ländern, die auf Importe von Lebensmitteln angewiesen sind? Wenn andere sagen, wir exportieren nichts mehr, weil wir erst unsere eigene Bevölkerung versorgen wollen. Und hier gab es ja auch von der Bundesregierung bereits Äußerungen, dass die offenen Märkte wichtig sind. Aber wie sehen Sie das? Bitteschön.

Der Vorsitzende: Herr Dr. Frick, die Frage ging an Sie. Sie haben das Wort.

Dr. Martin Frick (UNWFP): Vielen Dank. Also Indien ist ein sehr gutes Beispiel, um die diese Interdependenzen tatsächlich deutlich zu machen. Indien hat ja ein Exportstopp deswegen verhängt, weil auch die letzte Hitzewelle exakt die Gegend getroffen hat, in der Weizen produziert wird. Das ist eigentlich auch nicht verwunderlich, denn da steht kein Baum mehr. Und die Umstellung in Indien von einer eher traditionellen Ernährung zu einer westlichen Diät ist eben nicht nur ein Desaster für die Gesundheit der Menschen da. Übergewicht, Herzkrankheiten, Diabetes war da eigentlich gar kein so großes Thema, bevor die westliche Diät Mode geworden ist. Es ist auch ein Problem nicht angepasster Landwirtschaft. Weizen verbraucht zu viel Wasser. Das traditionelle Grundnahrungsmittel wären eigentlich Linsen. Und die wären aus Ernährungsgesichtspunkten sehr wichtig. Und ich bin dankbar, dass Prof. Dr. Qaim auch die Qualität der Ernährung angesprochen hat. Das ist so enorm wichtig, das ist kein Luxusproblem. Vor allem bei schwangeren Frauen, bei stillenden Müttern, bei Kleinstkindern ist das lebensentscheidend darüber, ob man dieselben Chancen hat wie jedes andere Kind oder nicht. Also es ist wirklich kein Luxusproblem. Jetzt zu den Märkten. Ich würde da gerne unterscheiden zwischen kurzfristig, mittelfristig, langfristig. Kurzfristig natürlich, wir brauchen offene Märkte. Wir müssen gerade schauen, dass wir irgendwie diese Preisspirale anhalten können, aber mittel- und langfristig müssen wir tatsächlich in den Ländern des globalen Südens auch nochmal tief nachdenken darüber, ob das alte Paradigma, dass man sog. *Cash Crops*, also Dinge anbaut, die



man verkaufen kann auf dem Weltmarkt, um sich dann billig auf dem Weltmarkt wieder einzukaufen für Lebensmittel, ob das so funktioniert. Ich denke, gerade in den ärmsten Ländern der Welt müssen wir ganz gezielt die eigene Produktion stärken. Und das bedeutet eben sehr häufig, kleinteilige, arbeitsintensive Produktion, die nicht von *Inputs* abhängig sind, die einfach unerschwinglich sind, also besonderes Saatgut, Dünger usw. Und da gibt es dann tatsächlich die besten Ergebnisse, wenn man mit traditionellen Methoden, z. B. im Sahel, wieder versucht, die Wüste zurückzudrücken, *Agroforestry Systems*, aber auch gezielte Weidehaltung. Also da ist auch *Grazing, Holistic Grazing*, eine Möglichkeit, Böden wiederherzustellen, was auch so eine Nuance ist, die man bitte richtig verstehen muss, dass nicht überall in der Welt Reduktion von Fleisch und Milch die richtige Lösung ist, das ist in Ostafrika z. B., denken Sie an die Massai, traditionelle Lebensweise und die einzige Möglichkeit, auf dünnen Gebieten etwas erreichen zu können. Das Problem ist natürlich auf der anderen Seite, wenn wir in reichen Ländern tausende von Tieren in Ställen halten und mit importiertem Getreide füttern, das ist Ineffizienz, das ist ein Klimadesaster und das ist auch für Tierwohl natürlich keine Lösung. Ich hoffe, das beantwortet Ihre Frage.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Dr. Frick. Kollege Auernhammer hat noch eine weitere Frage. Bitteschön.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Vielen Dank Herr Dr. Frick für die gerade zum Ende gemachten Ausführungen. Ich glaube, das ist auch existenziell, dass wir diesen Ländern Hilfe zur Selbsthilfe geben, damit sie sich auch wieder selbst stärker mit eigenen Nahrungsmitteln versorgen können. Die Krisen, ob das Ukraine oder Klimawandel ist, liefern ja die besten Argumente dafür. Das eine ist aber, wir haben gerade beim Anbau nur die Möglichkeit, einmal im Jahr zu ernten, d. h. ich muss die Produkte auch lagern können. Wie sehen Sie gerade die Situation gerade in der Subsahara, dass die Nachernteverluste reduziert werden? Wie können wir als Wirtschaftsregionen hier diese Länder unterstützen, um Lagermöglichkeiten zu schaffen, Kühlmöglichkeiten zu schaffen, um hier auch wieder in der Entwicklungshilfe gezielter tätig zu sein?

Der Vorsitzende: Herr Dr. Frick, die Frage ging an Sie. Bitteschön.

Dr. Martin Frick (UNWFP): Ja, also vielen Dank für die Frage. Es ist tatsächlich so, dass wir natürlich kurzfristig humanitär helfen müssen, aber das nicht auf Kosten der langfristigen Entwicklung der Entwicklungszusammenarbeit. Sie haben jetzt gerade die Verluste nach der Ernte erwähnt. Die sind dramatisch in Subsahara-Afrika. Das ist sozusagen der Spiegel dessen, was wir in reichen Ländern als Lebensmittelverschwendung haben, haben wir in armen Ländern als Verluste nach der Ernte, einfach durch mangelnde Infrastruktur, durch mangelnde Lebensmittelverarbeitung und Lagermöglichkeit. Das ist z. B. auch der Grund, warum das Welternährungsprogramm, obwohl es vielleicht nicht unmittelbar einleuchtet, kleine Straßen baut, um Bäuerinnen und Bauern zu helfen, überhaupt ihre Produkte an den Markt zu bekommen. Ich persönlich sehe da viel Raum für Innovationen. Also zwei Beispiele. Das eine ist, billige Photovoltaik macht es natürlich auch möglich, dezentrale Kühllhäuser zu bauen. Das geht relativ einfach mit Fertigbausteinen. Und es muss eben nicht am Netz hängen, denn die Energie muss ja nicht über die Batterie gespeichert werden, sondern es reicht, wenn die Temperaturschwankung im Kühlhaus bei fünf, sechs Grad sind. Das kann man auch mit guter Isolation erreichen. Anderes Beispiel. In vielen Gegenden wird Getreide einfach in Lehmhütten gelagert. Da ist es anfällig für Feuchtigkeit, Schimmel, aber auch für Befall durch Ratten z. B.. Das kann man relativ einfach eindämmen durch Lagerung in speziellen Plastiksäcken, die man dann verschließen und versiegeln kann. Das kostet etwas Geld, aber hinterher werden so viele Lebensmittel dadurch nicht verschwendet, dass das mit erhöhten Erlösen für die Bäuerinnen und Bauern wieder aufgefangen werden kann, aber da gibt es gewaltiges Potential für Verbesserungen.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank Herr Dr. Frick. Und wir fahren fort in der Fragerunde, das Wort hat Frau Künast von (der Fraktion) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde nochmal eine Frage an Herrn Dr. Frick machen, fange ich damit an, schließt sich gut an.



Wo sehen Sie eigentlich jetzt die Hauptaktivitäten, wenn Sie das fokussieren müssen, einmal von der Frage wer - G7, CFS oder so - und auf der anderen Seite, was sind die Hauptmaßnahmen? Wir reden ja beim Recht auf Nahrung auch immer über Zugang zu Land, Wasser, Saatgut. Wir reden nicht davon, dass wir die Leute, die hungern, beglücken mit patentiertem Saatgut einer der vier großen Saatgutkonzerne, sondern eigenes Saatgut. Sie haben die Lagerfähigkeit angesprochen. Aber es geht ja auch um, ... also was sind große Maßnahmen, die helfen würden? Ich kenne immer so partielle, die Solarkocher, damit nicht der Rest an Holz gerodet wird, Agroforstsysteme. Also in welcher Struktur und welche Maßnahmen wären der Kern?

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Frick, die Frage ging an Sie. Sie haben das Wort.

Dr. Martin Frick (UNWFP): Vielen Dank für die Frage, ich versuche es mal aufzudröseln. Also nach der Ernährungskrise 2007/2008 wurde ja das *Committee on World Food Security* (CFS) neu aufgestellt in der Hoffnung, eine effiziente Maßnahme darzustellen im Kampf gegen solche Situationen, wie wir sie jetzt sehen. Ich bin da vielleicht etwas „vorgeschädigt“, weil ich einige Jahre in Rom gearbeitet habe, aber leider ist das CFS sehr, sehr politisiert und tut sich enorm schwer, nicht nur in Entschlüssen zu fassen, sondern auch in der Implementierung. Das sage ich deswegen, weil eine der wichtigsten Maßnahmen, die man ergreifen könnte, da gibt es ein wunderbares Produkt des CFS, ist nämlich die Frage der Landrechte, insbesondere die Landrechte für die Ärmsten, insbesondere Landrechte für Frauen. Man kann das nicht oft und laut genug sagen, das ist die entscheidende Stellschraube, denn jede wirtschaftliche Aktivität beginnt doch bei der Sicherheit des Grundbesitzes. Also wenn Sie ein *Start up* starten wollen und vielleicht die Wohnung der Eltern beleihen können, das ist der Moment, wo man mit Sicherheit anfangen kann, wirtschaftlich handeln zu können. Und diese Frage der Landrechte ist in vielen Teilen ungelöst. Ich denke, wir brauchen da Partnerschaften, um in Entwicklungszusammenarbeit, aber auch mit dem Appell-Part, Landrechte sicherzustellen. Das ist etwas, was in meinen Augen unglaublich viel Potential hat, wenn das endlich umgesetzt werden würde. Dann, Sie hatten es gerade gesagt, *Agroforestry* klingt sehr kompliziert, ist es gar

nicht. Es ist einfach die Erkenntnis, dass man in den Ländern des Sahels Bäume pflanzen muss und das mit Landwirtschaft kombinieren. Bäume pflanzen ist ein gewaltiges Thema geworden, im Guten wie auch im Schlechten, weil viele Ölkonzerne z. B. mit Baumpflanzaktionen denken, sie könnten ihren (CO₂-)Fußabdruck reduzieren. Ich bin selber großer Freund von Baumpflanzaktionen, aber das Ökologische und das Soziale müssen da immer zusammengehen. Die Bäume bleiben nur stehen, wenn die Menschen, die diese Bäume pflanzen und die da leben, wo diese Bäume sind, auch Vorteile davon haben. Deswegen schauen wir uns sehr gezielt Nutzbäume an, die also auch Früchte tragen oder Nussbäume etc., sodass es da gemischte Systeme gibt. Die sind bestens geeignet, tatsächlich unbrauchbares Land wieder erschließen zu können. Wir haben ja diese *Great Green Wall*-Initiative, über die seit vielen Jahren gesprochen wird, aber das muss auf den Boden gebracht werden und erfolgreiche Projekte, wo wir Land wieder hergestellt haben, müssen tatsächlich weit ausgedehnt werden. Aber, wie gesagt, das setzt eine Partnerschaft mit den Ländern voraus, die die rechtlichen, regulatorischen Rahmen liefern müssen, die dann mit den Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit auch gefüllt werden könnten. Ja, ich glaube das, das beantwortet ihre Frage.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Dr. Frick. Und die nächste Frage stellt wiederum Frau Künast von (der Fraktion) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also danke für den Überblick und vor allen Dingen den Kombinationshinweis. Bei dem Recht auf Nahrung ist es ja auch so, zu Land, Wasser, Saatgut und *good governance* aus den Gründen, die Sie angegeben haben. Ich möchte die Frage so ein bisschen verändert weiterreichen an Herrn Tanzmann. Was sind die Kernforderungen? Sie haben ja vorhin ein bisschen was erzählt über wo könnten wir bei uns auch das Land anders nutzen? Siehe Beimischung, das wäre nicht nur bei uns, sondern auch in vielen anderen Regionen, z. B. Indonesien oder so. Aber was sind für Sie die wichtigsten Maßnahmen, wenn man davon ausgeht, dass Kleinbauern den allergrößten Teil der Welternährung sichern? Was sind für Sie die wichtigsten Maßnahmen? Gibt es irgendwie Regionen, von denen Sie sagen, da hat man das Recht auf Nahrung und die Ernährung der



Bevölkerung schon am besten systematisch umgesetzt?

Der **Vorsitzende**: Herr Tanzmann, die Frage ging an Sie. Sie haben das Wort.

Stig Tanzmann (Brot für die Welt): Vielen Dank. Schön, dass es jetzt auch noch mal wieder ein bisschen praktisch werden kann. Ja, was sehen wir als Punkte? Erstmal sehen wir, das ist ja schon mehrfach angesprochen wurde, es wichtig ist, Maßnahmen an wirklich den Kleinbauern auszurichten (und) was sie vor Ort haben. Und das ist halt meistens nicht, dass sie das nördliche Saatgut brauchen oder Agrarpolitiken wie hier, die auf ja Einsatz von Kunstdünger basieren, weil sich die Staaten diesen Kunstdünger nicht leisten können, sie importabhängig sind in diesem Bereich. Das sind auch Gründe, wir haben uns sehr kritisch, auch zusammen mit (dem) INKOTA (Netzwerk) und anderen Organisationen, mit der „Grünen Revolution“ in Afrika („Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika“ - AGRA) beschäftigt, und mehrfach nachgewiesen, dass die ihre Ziele nicht erreichen können, weil sie auf das „grüne Revolutionsmodell“ setzen, was aber (sozusagen) die Bauern vor Ort nicht erreicht, nicht abholt. Oder zu extrem hohen Subventionskosten führt, über *Farm input subsidy programs*, wie wir sie in vielen afrikanischen Ländern sehen. Wo dann ein Großteil des Agrarbudgets darin aufgefressen wird, Saatgut zu subventionieren, Düngemittel zu subventionieren oder Pestizide zu subventionieren. Was wir sehen, was wir brauchen, sind agrarökologische Maßnahmen, ein Ausbau der Beratungsdienstleistungen für Bäuerinnen und Bauern, damit sie die richtigen Bäume pflanzen, wie Herr (Dr.) Frick das ja auch schon richtig gesagt hat, damit sie die richtigen Maßnahmen treffen, ihre Böden wieder aufzuwerten und gute diverse Erträge herunterholen und nicht einseitig z. B. auf Mais setzen, sondern auf etwas, was sie (sozusagen) auch wirklich divers satt macht. Das sind ja (sozusagen) nicht nur die Kalorien, sondern auch unterschiedliche Anbauweisen. Wo wir gesehen haben, wo das sehr gut funktioniert hat, das war in Brasilien unter der PT-Regierung (Partido dos Trabalhadores (PT), Partei der Arbeiter) mit den verschiedenen sozialpolitischen Maßnahmen, die da getroffen worden sind, im Bereich Schulesen, öffentlicher Beschaffung (durch) von Kleinbauern. Das hat einen unglaublichen Markt geschaffen

und das hat Brasilien für einige Jahre von der Hungerkarte gestrichen. Aber (sozusagen) die Folgemaßnahmen der Folgeregierung haben (sozusagen) wieder mit (zur) massiven Verschärfungen des Hungers in Brasilien geführt, weil dort einfach nur noch auf das *Agribusiness* und den Export von Nahrungsmitteln gesetzt worden ist und nicht mehr auf die Versorgung der Bevölkerung. Gerade die Versorgung der armen Bevölkerung, die Versorgung der entrechteten Bevölkerung (wurde eingestellt). Und da sieht man, wenn man das Recht auf Ernährung ernst nimmt und (wenn man sich,) wenn der politische Wille da ist, Hunger zu beseitigen und Hunger zu überwinden, dann ist es möglich. Das hat Brasilien gezeigt, gerade auch mit sehr vielen und sehr erfolgreichen Kooperationsprojekten in den globalen Süden, aber auch mit dem *World Food Programme*, wo es ja auch das (Kooperationen mit dem) *School meal*-Programme und sowas gab. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Tanzmann. Und die nächste Frage kommt von Frau Künast. Bitte schön.

Abg. **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe jetzt eine Frage an Herrn Professor Lakner, ein bisschen eine richtige Verständnisfrage, weil Sie hatten sich vorhin zu der Frage Beimischung geäußert und den Minderungszielen und gesagt, dass man die Beimischung, also sog. Biosprit, ja so rechtlich schnell sofort runterfahren könnte. Jetzt wissen wir natürlich in der Politik, dass das eine ist, das was man rechtlich kann, das andere ist das, was praktisch geht oder gehen sollte. Deshalb frage ich Sie, es hat ja letzte Woche Informationen gegeben, dass das BMU(V) - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, ich glaube im Eckpunktepapier, vorhat, bis 2030 die Beimischung sozusagen von Pflanzen auf Null zu reduzieren bei Beibehaltung der Minderungsziele. Und deshalb habe ich so mal insgesamt Minderungsziele, Treibhausgase, ja. Und deshalb frage ich mal, hatten Sie das vorhin wirklich rein rechtlich gemeint oder das geht auch praktisch, ohne die Minderungsziele bei Treibhausgasen sozusagen zu reißen? Ich sage das, weil es macht mich immer ein bisschen unruhig, wenn wir also an so einer Stelle, wir haben massenhaft *food race*, reden über aktuelle Ernährung und fangen,



wenn wir zu viel anfangen an allen Stellen, alle anderen Klimaziele zu reißen, organisieren wir natürlich die Ernteminderungsziele der Zukunft mit. Weil alles, was wir bisher an Minderungszielen haben, sind ja auch nur Kompromisse, die uns nicht auf 1,5 Grad möglicherweise bringen. Deshalb frage ich mich, also wie sehen Sie das bei Biosprit und Beimischung Pflanzen?

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Lakner, bitteschön.

Prof. Dr. Sebastian Lakner: Vielen Dank für die Frage. *(Pause)* Die Bemerkung war rechtlich gemeint. Nein, ich meine, der Punkt ist doch (und das ist wiederum was, was mich wundert); Wir diskutieren Klimaziele im Verkehrsbereich und wollen die dann über den Anbau lösen. Das ist, finde ich, nicht so richtig überzeugend, also dann würden ja andere verkehrspolitische Maßnahmen wie Pünktlichkeit der Bahn oder ...

Abg. **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie einfach Tempolimit.

Prof. Dr. Sebastian Lakner: Ich mache jetzt mal nicht weiter. *(Lachen)* Der Punkt ist doch, wir können doch mit der Agrarpolitik letztendlich nicht den Verkehrssektor klimafreundlich machen. Das ist der Punkt. (Und ich weiß jetzt auch nicht,) klar, es gibt Bereiche der Beimischung, die sind sinnvoll, ob wir jetzt wirklich Nahrungsmittel für diesen (Zweck nutzen), das ist einfach eine grundsätzliche Frage, das ist eine politische Frage. Aber letztendlich, ich glaube, wenn wir jetzt kurzfristig gucken, wo können wir etwas drehen, ist es (das), (glaube ich,) schon eine Möglichkeit, die wir in Erwägung ziehen müssen. Das Ganze ist am Ende die Frage, wie regeln wir es politisch und fällt uns zu Verkehr vielleicht noch etwas anderes als Biokraftstoff ein.

Der **Vorsitzende**: Ja, vielen Dank Herr Lakner. Und wir fahren fort mit der (Fraktion der) FDP. Herr Bodtke, Sie haben das Wort.

Abg. **Ingo Bodtke** (FDP): Die erste Frage habe ich an Herrn Tanzmann. Sie sprachen vorhin von der Reduzierung der Fleischproduktion, um tatsächlich Getreide für die Lebensmittel zu schaffen. Wie viel

ist eigentlich der Anteil von Lebensmittelgetreide bei der Fleischproduktion? Ich gehe mal davon aus, dass eigentlich die Fleischproduktion nicht von Lebensmittelgetreide ..., also das ist für mich eigentlich so ein Punkt.

Stig Tanzmann (Brot für die Welt): Also den konkreten Flächenanteil kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, aber natürlich, wenn 50 Prozent des Getreides verfüttert wird in Deutschland, dann muss man davon ausgehen, dass es keine besonders schlechten Standorte sind. Hier wird ja gerade sehr intensiv darüber diskutiert, Stilllegungsflächen mit sehr, sehr armen Standorten wieder in die Produktion zu nehmen. Da ist natürlich klar, dass Getreide, was (sozusagen) verfüttert wird, das steht auf Standorten, die man natürlich mit den konventionellen Methoden auch sehr gut zu Brotgetreide ausbauen könnte. Und das ist ein großes Potential. Wie viel ha das jetzt sind und wie viel man da runterholen könnte, da sollten Sie vielleicht besser den Bauernverband oder andere Experten fragen. Ich bin Entwicklungsexperte. Aber (das) ist natürlich da (ist) viel möglich. Das sind gute Flächen, die man ausbauen könnte. Futtergetreide hat ungefähr auch zehn bis 11 Prozent Proteingehalt (oder sowas). Da fehlt dann nicht mehr viel zum Brotgetreide. Und auch gerade in der Tierfütterung will ich hier (als Bauer) auch aus dem Getreide relativ einen guten Proteinwert haben, um (sozusagen) meine (anderen) Eiweißkomponenten vernünftig zu ergänzen. Also da ist riesiges Potential. Deswegen sagen wir das ja auch und bringen das nach vorne, weil das Potential (Brotweizen statt Futterweizen anzubauen) so groß ist und weil wir so viel zu viel Fleisch essen, auch angesichts der Empfehlungen der Deutschen Ernährungsgesellschaft (Deutsche Gesellschaft für Ernährung – DGE), die vielleicht immer noch etwas laxer sind als das, was die *Planetary Health Diet* der *Eat-Lancet* Kommission vorschlägt, wo Fleisch wirklich (nur) noch ganz oben in der (Ernährungs-)Pyramide angesiedelt ist. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Tanzmann. Die nächste Frage kommt von Herrn Bodtke. Bitteschön.

Abg. **Ingo Bodtke** (FDP): Ich habe noch eine Frage an Herrn Professor Martin Qaim zum Thema Gen-



technik. Den Einsatz von genmanipulierten Getreide, wie groß wäre der Vorteil in näherer Zukunft, wenn wir das so machen könnten, wie unsere Forschungsansätze im Moment sind?

Prof. Dr. Matin Qaim: Das ist eine insofern schwierige Frage, weil die Gentechnik ja ein Sammelsurium an Methoden ist, mit denen man sehr unterschiedliche Merkmale letztendlich in den Pflanzen entwickeln und ausprägen kann. Wenn man sich anschaut, dass derzeitige gentechnisch veränderte Maissorten beispielsweise in Ländern wie Südamerika Ertragsvorteile von 20 bis 30 Prozent haben, in den USA aber geringer, weil dort mehr gespritzt und über die Spritzmittel eben besser Schädlinge bekämpft werden, in der Größenordnung derzeit für Europa von rund zehn Prozent. Aber insgesamt (ist) deutlich mehr (möglich), (weil) Sie können (z.B.) Pilzresistenzen entwickeln und dadurch Erträge stabil halten und viel, viel weniger Fungizide spritzen. Also es handelt sich ja um einen großen Werkzeugkasten an Methoden, die dazu dienen können, die Landwirtschaft nicht nur ertragreicher, sondern gleichzeitig auch umweltfreundlicher zu machen. Und mein Appell gilt eben, dass das nicht nur einige wenige große Firmen machen, die (das) heutzutage deswegen vor allen Dingen machen (dominieren), weil die Regulierungshürden so unwissenschaftlich hoch sind und das Ganze so teuer und langwierig ist, dass es sich kleine und mittelständische Unternehmen und öffentliche Einrichtungen nicht leisten können. Ziel wäre, dass das wissenschaftsbasierter ist und damit effizienter möglich ist und als ein Werkzeug und nicht als das einzige, aber als ein Werkzeug gesehen werden kann und verwendet werden kann, um Landwirtschafts- und Ernährungssicherung nachhaltiger zu machen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Professor Qaim. Herr Bodtke hat noch eine weitere Nachfrage.

Abg. Ingo Bodtke (FDP): Ja, eine Frage habe ich noch an Herrn Prof. Dr. Lakner stellvertretend. Ist es tatsächlich verantwortbar, dass wir jetzt zusätzlich vier Prozent der Flächen stilllegen, wenn wir davon ausgehen, wir sprechen von 400 000 ha? Und bei normalem Durchschnitt kann man sagen, dass so ein ha am Ende 30 000 Euro kostet. Dann reden wir eigentlich am Ende über 120 Mrd. Euro, die wir sozusagen zwangsstilllegen und tatsächlich

fast zwangsenteignen in dem Fall den Leuten, die das eigentlich mal für teures Geld gekauft haben.

Prof. Dr. Sebastian Lakner: Vielen Dank. Also ich halte es zumindest grundsätzlich (schon) verantwortbar (natürlich), weil wir auf diesen Flächen - sie sind, wie gesagt nach meinem Verständnis, keine Stilllegungsflächen -, (sondern dort werden) Umweltleistungen erzeug(en)t. Damit trägt man auch zur Stabilisierung der Agrarökosysteme bei. Aus meiner Sicht müsste man (natürlich) einfach gucken, wie qualifiziert man diese Flächen. d. h. jemand, der dort einen Blühstreifen macht, eine Brache macht, (dass er) gut beraten wird. Wie gesagt, ich hatte vorhin schon grundsätzlich dafür plädiert, dass man solche Dinge (natürlich) besser über das Förderrecht regelt, d. h. (also) ich glaube, diese verpflichtenden vier Prozent sind auch ein bisschen der Tatsache geschuldet, dass wir (sozusagen) mit dem Förderrecht viele Jahre nicht vorangekommen sind. Aber der Punkt ist weitere Qualifikation. Ich wäre eben auch für eine Kombination mit Förderprogramm. Ich wäre auch dafür, dass wir dort mehr Beratung durchführen. Und (naja,) je heterogener (dass) man das macht, je gezielter man das macht, desto besser baut sich das (natürlich) auch in den Betriebsablauf ein. D. h. (also) im Grunde genommen, (wir) müssen es zusammen machen mit den Betriebsleiterinnen, Betriebsleitern. Aber ganz klar, (also) ich würde das für sinnvoll und für verantwortbar halten.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Dr. Lakner. Und wir fahren fort in der Fragerunde. Wir kommen zur (Fraktion der) AfD, Kollege Janich. Bitteschön.

Abg. Steffen Janich (AfD): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Herrn Hemmerling vom DBV. In den Medien war jetzt immer wieder zu hören, dass Nutztiere uns das Getreide wegfressen würden. Aus fachlicher Sicht ist das natürlich Unsinn, zumal die Agrarrohstoffe ja auch kein Nullsummenspiel sind, sondern entweder für Teller, Trog oder Tank verwendet werden. Können Sie uns hier bitte mal die Fakten erläutern? Und vielleicht nochmal konkret, wieviel menschlich verwertbares Getreide landet denn überhaupt in Deutschland in den Futtertrögen?

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank Herr Janich. Die Frage ging an Herrn Hemmerling. Bitteschön.



Udo Hemmerling (DBV): Vielen Dank für die Frage. Ich will vielleicht zitieren in dem Zusammenhang Herrn Professor (Dr. Wilhelm) Windisch, dem Tierernährer von der Universität München. Der hat kürzlich auch in der Debatte gesagt, wenn wir ein Kilogramm (kg) pflanzliche Nahrung auf dem Teller des Menschen sehen, werden mit in diesem Prozess vier weitere Kilo Nebenprodukte, andere Biomasse mitbewegt. Es ist ja nicht das Mehl, was sozusagen vom Acker fällt, sondern das sind die gesamten Getreidekörner, das Stroh, der gesamte Prozess. Und dann müssen wir uns, wenn wir am Ende wirklich über eine effiziente Nutzung nachdenken, natürlich auch Gedanken machen, was machen wir mit den anderen vier kg, die wir eben nicht essen. Natürlich können wir das Verhältnis verbessern. Über dieses eins zu vier lässt sich auch streiten, da kann man ja auch optimieren. Aber deswegen wäre jetzt meine These, gerade in einer vernünftigen Verknüpfung von Pflanzenbau und Tierhaltung, dann ist eins plus eins gleich drei, wenn wir wirklich die Nährstoffe und die Biomassen sozusagen ineinander verknüpft uns im Kreislauf vorstellen. Und vielleicht nochmal zu dieser Debatte, um diese Prozente, um das nochmal auf den Punkt zu bringen. Ja, es werden etwa 20 bis 25 Mio. t Getreide in Deutschland verfüttert, hauptsächlich eigenes Getreide, wenig Importgetreide, an Tierhaltung, an Schweine, Geflügel vorrangig. Okay, aber die andere Seite ist, von der Gesamtmenge an Futtermitteln ist das Getreide wiederum nur 20, 25 Prozent, also 75 Prozent, 80 Prozent des Futtermittels ist was anderes. Und wenn wir da nochmal reinschauen, wo können wir denn da Effizienzen noch holen oder ich sage mal, auch Abhängigkeiten oder etwas für den Weltmarkt tun, da will ich das Thema Eiweißfuttermittel nochmal ansprechen und die ganze „Öl-Schiene“. Wenn wir natürlich jetzt politisch mit der Abrissbirne beim Biodiesel anfangen, in der Abwägung, natürlich geht es nicht sozusagen, die Verkehrspolitik muss ihre Ziele setzen und die Agrarpolitik muss ihre Ziele setzen, aber die Dinge hängen zusammen. Und wenn wir jetzt sozusagen schlagartig den Biodiesel auf Pflanzenöl, namentlich jetzt auch auf Rapsbasis einstellen, dann geht uns das Schrot verloren, gerade eben für die nachhaltige Rinderhaltung. Wir würden dann mehr importieren. Und deswegen in der Abwägung jetzt nicht schlagartig sozusagen den Biodiesel opfern, sondern ihn auch versuchen, zu halten. Und in dem jetzigen Gesetz ist ja das Ausschleifen

des Pflanzenöls drin, Entschuldigung, des Palmöls drin, Ende des Jahres, früher als in der EU. Das ist, sage ich mal, vielleicht auch eine Errungenschaft, die man nicht einfach jetzt so übersehen sollte. Also wir verzichten auf Palmölimporte bei Bio-Kraftstoffen. Und um auf Ihre Frage zurückzukommen, eine gute Kombination. Ein nachhaltiges Verhältnis zwischen Pflanzenbau und Tierhaltung, bringt, glaube ich, die beste Effizienz, die wenigste Verschwendung und vor allen Dingen die größte Nutzung der ohnehin erzeugten Biomasse. Faktor eins zu vier, siehe von Professor Windisch. Danke.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Die nächste Frage kommt vom Kollegen Rinck.

Abg. Frank Rinck (AfD): Ja, danke Herr Vorsitzender. Ich beeile mich auch, wir haben ja ein bisschen weniger Zeit diese Runde. Meine Frage geht auch an Herrn Hemmerling. Wir sprachen ja eben schon bei den Fragen der CDU(/CSU) über Düngemittel. Und mich würde interessieren, wie sehen Sie die Versorgungssicherheit gerade hinsichtlich der mineralischen Dünger für das kommende Jahr? Ich sage mal, Weißrussland fällt aus, da kriegen wir nichts her. Russland fällt höchstwahrscheinlich aus. Wir haben dann das Gasembargo oder es ist dabei, in den Raum zu kommen. Dann wird auch aus Tschechien nichts mehr kommen. Wo soll der Dünger herkommen? Und wie schätzen Sie da die Lage ein?

Udo Hemmerling (DBV): Dankeschön. Zum einen sehen wir im Moment auch schon viel Bewegung, nochmal die Effizienz in der bestehenden Düngung zu steigern, gerade auch Gülle, Gärreste noch auch aufzuarbeiten in bessere nutzbare Nährstoffe. Da geht auch noch einiges. Dass wir die Nährstoffeffizienzen der Wirtschaftsdünger nochmal steigern. Was jetzt konkret den Düngemarkt angeht, wir sehen es genauso kritisch, da müsste eigentlich das Kartellamt mal hinschauen, ähnlich wie bei den Mineralölkonzernen, was da sozusagen in der Preisgestaltung läuft. Und was die Beschaffung angeht, natürlich gibt es auch alternative Produktionsstandorte in den arabischen Ländern, in der Karibik, auch in Ägypten. Und ich sage mal so leicht ironisch, nach Herrn Habeck könnte sich ja auch vielleicht ein weiterer Minister dieser Regierung dann mal um die Beschaffung dieser Dünger kümmern. Nein, was ich damit meine, ist natürlich erst



einmal Aufgabe der Wirtschaft. Wir müssen uns natürlich nach neuen Bezugsquellen, muss sich die Wirtschaft umschauen. Und das ist dann natürlich ein Finanzierungsproblem in der Kette. Wenn der Dünger dreimal so teuer ist, das muss auch kapitalmäßig gestemmt werden können, nicht nur von den Landwirten, sondern auch vom Agrarhandel. Deswegen müssen wir über den Punkt nochmal reden, Finanzierung analog zu dem, was auch in der Gesamtwirtschaft diskutiert wird. Finanzierung der Lebensmittelkette über den Winter oder für das nächste Frühjahr dann, was Düngemittel angeht, wird auch noch ein Thema sein. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Hemmerling. Und den Abschluss in der Fragerunde macht die Fraktion DIE LINKE., Frau Latendorf, bitteschön.

Abg. Ina Latendorf (DIE LINKE.): Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. Nochmal meine Frage an Lena Bassermann. Passt auch gerade zu dem eben gehörten. Sie weisen auch selbst in Ihrer Stellungnahme auf die aktuellen Studien zum Thema Börsenspekulation hin. Und wie erzielen gerade Spekulanten aktuell Gewinne aus dem Krieg und den Folgen des Krieges? Und welche Folgen hat das auf die Lebensmittelpreise? Und vielleicht, wenn es noch Zeit gibt dafür, effektive Maßnahmen, um den Hunger auf der Welt nachhaltig zu bekämpfen? Vielen Dank.

Lena Bassermann (INKOTA): Dankeschön. Herr Frick hat das ja auch schon angesprochen. Und es gibt aktuelle Recherchen, die das nochmal ziemlich deutlich zeigen, wie in der Krise spekuliert wurde und wie eben Spekulanten (dort mit Wetten auf Nahrungsmittel) wirklich Profite erzielt haben - und (damit) die Lebensmittelpreise entsprechend weiter nach oben treiben. (Und) man konnte (eben) seit Beginn des Ukraine-Krieges wirklich sehen, wie Banken auch Anlegern empfohlen haben, in Agrarfonds zu investieren und auf steigende Lebensmittelpreise zu wetten. Um eine Zahl zu nennen, (also) zwei wichtige börsengehandelte Agrarfonds hatten im April (2022) ungefähr ein Nettoinvestitionen in Höhe von 1,2 Mrd. US-Dollar. Und das ist sechsmal so viel wie im Vergleichszeitraum im Vorjahr. Also da wird (werden) wirklich Profit gemacht. In (Während) anderen (einigen) Ländern verdoppeln sich die Brotpreise und dort werden in

eben (steigen die Börsenwerte). Hier sind also Banken, die auf Kosten der Ärmsten und Hungernden Profite machen, sind da am Werk. (Und ich glaube,) das (dies) ist wirklich bedenklich (und) hier ist eine absolut kontinuierliche Beobachtung der Märkte erforderlich und ein entschiedenes Vorgehen auch gegen Spekulationsverhalten, also schärfere Handelslimits (unbedingt notwendig). Ein Vorschlag ist (auch), Agrarfinanzgeschäfte in Krisenzeiten auszusetzen (z. B.). (Und) die Debatte ist ja keine neue. - Bereits, also das ist bei (während) der letzten Nahrungsmittelkrise (war Spekulationen) ein (großes) Thema, (das) wurde vor (mehr als) zehn Jahren stark (darüber) diskutiert und ich bin echt ein bisschen erschüttert, dass (das wirklich) jetzt genau diese Situation sich zu wiederholen droht im extremen Maße. In meiner Stellungnahme ist auch so eine Kurve drin, wo man sieht, wie die Preisschwankungen sind (nicht) im (geringsten) das)Verhältnis (auch) zu den Getreidevorräten (Getreidebeständen wiedergegeben). (Und ich glaube,) das ist ein wirklich wichtiges Thema. Und auch beim Thema Düngemittel. Also (jetzt) auch einzelne Düngemittelkonzerne haben ihre Aktien schon seit Jahresbeginn verdoppelt, ihre Aktienwerte verdoppeln können. Also das sind einfach dringende Punkte. Zu der Frage Hungerbekämpfung: Ich glaube, da(zu) sind auch einige wichtige Punkte heute schon gefallen. Man muss natürlich unterscheiden (jetzt) zwischen kurzfristigen Maßnahmen, die akut die Versorgung betreffen, (wie z. B. Mittelaufstockung für) das *World Food Programme*. Und das ist auch ein Punkt, der mir immer wieder in dieser Situation kam, dass ich etwas überrascht davon bin, dass jetzt man den Eindruck gewinnen könnte, Hunger ist eine neue Herausforderung. Also, das (Hunger) ist wirklich seit Jahren und in den letzten zwei Jahren wirklich nochmals akut (ein großes Problem) so gewesen. (Und) das *World Food Programme* sitzt in jeder (Krise), sei es im Süd-Sudan, am Horn von Afrika, in allen Hungerkrisen, immer wieder da (hier) und sagt, sie (es) brauchen(t) mehr Mittel. (Doch) Diese Mittel fließen nicht für die kurzfristige Hilfe, das ist immer wieder ein riesen Problem. Und jetzt ist, glaube ich (stehen wir vor der), die Herausforderung, diese vielen Punkte, die auch Stig Tanzmann z. B. erwähnt hat, wie man mittelfristig und langfristig Hunger bekämpfen kann (, endlich anzugehen). (Positiv ist, dass endlich) Da fallen jetzt auch



Begriffe in den Debatten, die in den letzten Jahren (, die) ich so nicht wahrgenommen habe(n). Von Diversifizierung im Anbau, (und der Notwendigkeit,) (einfach da) eine (die) Resilienz (von Ernährungssystemen) zu erhöhen, (ist nun die Rede) nicht (diese) Produktionssteigerung auch für Kleinbauern um jeden Preis. Nur (liegt) die Herausforderung ist ja (darin), wie kommen wir (jetzt) von diesen kurzfristigen Maßnahmen auch (tatsächlich) zu diesem System(wechsel kommen). Wir haben gehört, die Energiepreise werden wahrscheinlich hoch bleiben, aber wenn wir jetzt erstmal nur wieder auf mehr Produktion um jeden Preis und um Subventionen für Inputs usw. auf der einen Seite gehen, wie findet dann der Übergang zu diesen mittel- und langfristigen Transformationspunkten statt? Ich glaube, da brauchen wir dringend, da müssen politische Lösungen auch ansetzen. Und jetzt ist wirklich der Moment überfällig, dafür Konzepte zu entwickeln. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Ja, vielen Dank Frau Bassermann. Wir sind nun am Ende der heutigen Anhörung angelangt. Ich danke allen Sachverständigen, allen

Kolleginnen und Kollegen für die konstruktive Mitarbeit, die hoffentlich auch zum Erkenntnisgewinn unserer Ausschussmitglieder stattgefunden hat. Es war eine ganze Vielzahl an Blickwinkeln, an Aspekten, die doch sorgfältig auch vorgetragen und eingebracht wurden. Und es geht im Grunde genommen ja darum, in der jeweiligen Situation, in der jeweiligen Krise den richtigen Weg zu finden, die richtigen Instrumente auszuwählen, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Not der Menschen mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und Lösungen, die in der Praxis dann auch umsetzbar sein müssen. Die Praxis eben, weil dabei auch zu unterstützen, um die Lebenssituation der Menschen in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt zu verbessern. Das ist Aufgabe der Politik und dieser Aufgaben wollen wir dann uns auch im Anschluss jetzt und in Zukunft widmen. In diesem Sinne ganz, ganz herzlichen Dank für Ihr Kommen, für Ihre Beiträge. Ich wünsche Ihnen und uns allen einen guten Tag und eine gute Woche. Die Anhörung ist somit geschlossen. Dankeschön.

(Beifall)